

21. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Sport und Ehrenamt

Wortprotokoll der 9. Sitzung

Ausschuss für Sport und Ehrenamt
Berlin, den 8. Oktober 2025, 14:30 Uhr
10117 Berlin, Dorotheenstr. 100
Jakob-Kaiser-Haus, Haus 3
1.302

Vorsitz: Aydan Özoguz, MdB

Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung Seite 5

Tagesordnungspunkt 1 Seite 5

Aktuelle Situation des Ehrenamts in Deutschland

Selbstbefassung SB 21(5)6

Tagesordnungspunkt 2 Seite 21

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Federführend:
Haushaltsausschuss

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des
Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026
(Haushaltsgesetz 2026 – HG 2026)**

Gutachtlich:
Innenausschuss
Ausschuss für Sport und Ehrenamt
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Verkehrsausschuss

BT-Drucksache 21/600

Gutachtliche Stellungnahme zum Haushaltsentwurf



Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und
nukleare Sicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und
Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung
Ausschuss für Tourismus
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Tagesordnungspunkt 2

Seite xx

- a) Abschluss Epl. 04 (Bundeskanzleramt)
- b) Abschluss Epl. 06 (Bundesministerium des Innern)
- c) Abschluss Epl. 17 (Bundesministerium für Bildung,
Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Tagesordnungspunkt 3

Seite 31

Verschiedenes



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Auernhammer, Artur Güntzler, Fritz Lehmann, Jens Mayer, Stephan Stier, Dieter	Gutting, Olav Linnemann, Dr. Carsten Müller, Florian Steiniger, Johannes Stetten, Christian Frhr. von
AfD	König, Jörn Korell, Thomas Schieske, Lars	Bleck, Andreas Naujok, Edgar Treuheit, Bastian
SPD	Hostert, Jasmina Lugk, Bettina Özoğuz, Aydan	Abdi, Sanae Bettermann, Daniel Eichwede, Sonja
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Nick, Dr. Ophelia Winklmann, Tina	Limburg, Helge Müller, Sascha
Die Linke	Görke, Christian	Eißing, Mandy



Sachverständigenliste

zur Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt
am Mittwoch, 8. Oktober 2025

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V.
Tobias Kemnitzer, Co-Geschäftsführer

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Dr. Lilian Schwalb, Geschäftsführerin

Bündnis für Gemeinnützigkeit
Jan Wenzel, Co-Sprecher, Bereichsleiter Stärkung der Zivilgesellschaft
Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt
Katarina Peranić, Vorständin
Jan Holze, Vorstand



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 9. Sitzung des Ausschusses für Sport und Ehrenamt. Ich begrüße Sie alle herzlich. Diese Sitzung ist öffentlich. Ich schaue erst einmal, wer uns heute zur Verfügung steht. Sitzungsbegleitend ist das die Abteilungsleiterin für Sport und Ehrenamt aus dem Bundeskanzleramt Frau Dr. Babette Kibele, aus dem Bundesinnenministerium Frau Dr. Rapp-Lücke, Referatsleiterin HIII5, aus dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend Herr Fabian Waetzold, Referatsleiter 111. Es sind noch weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Ministerien zugeschaltet. Allen hier im Saal ein herzliches Willkommen und natürlich auch den Ressort- und Ländervertreterinnen und -vertretern, die sich zugeschaltet haben. Hier noch der obligatorische Hinweis, dass diese Sitzung vom Parlamentsfernsehen live übertragen wird und ab morgen auch in der Mediathek zur Verfügung steht. Damit rufe ich auch schon auf den Tagesordnungspunkt 1 auf.

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Situation des Ehrenamts in Deutschland

Selbstbefassung SB 21(5)6

Die Vorsitzende: Wir haben uns ja einige Wochen schon mit wichtigen Themen aus der Sportpolitik beschäftigt, zuletzt auch mit den Präsentationen der Region für eine deutsche Olympiabewerbung. Heute kommen wir nun zur zweiten Hälfte unseres Ausschussnamens. Wir wenden uns dem Ehrenamt zu. Wir alle wissen, wie wichtig das Ehrenamt ist. Millionen von Menschen engagieren sich Tag für Tag in Vereinen, Initiativen, Kirchengemeinden oder Nachbarschaften und stehen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für Solidarität und für Vielfalt, die unser Land auch ausmachen und damit tragende Säulen unserer Zivilgesellschaft und unserer Demokratie sind. Ehrenamt braucht Wertschätzung, Unterstützung und natürlich verlässliche Rahmenbedingungen. Dies möchte ich nur zu Beginn ausführen, denn es ist ein neuer Titel, den wir hier haben. Zuvor hießen wir Sportausschuss, jetzt Ausschuss für Sport und Ehrenamt. Es gibt eine enorme Bandbreite vieler Bereiche, die ohne das Ehrenamt gar nicht

funktionieren würden. Auch das möchte ich an dieser Stelle natürlich erwähnt haben. Wir freuen uns daher besonders, dass wir unseren Blick weiten können und mit Fachleuten aus der ehrenamtlichen Verbändelandschaft über die aktuelle Situation im Ehrenamt sprechen können. Ich begrüße dazu von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt die Vorständin Katarina Peranić und den Vorstand Jan Holze, vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement die Geschäftsführerin Dr. Lilian Schwalb. Vom Bündnis für Gemeinnützigkeit begrüße ich den Co-Sprecher und Bereichsleiter Stärkung der Zivilgesellschaft vom Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe, Herrn Jan Wenzel, und von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen den Co-Geschäftsführer Tobias Kemnitzer. Ihnen allen ein herzliches Willkommen. Wir haben von Ihnen allen jeweils eine schriftliche Stellungnahme erhalten und weiterverteilt. Jetzt freuen wir uns zunächst auf Ihre Live-Inputs und beginnen mit den Eingangsstatements von Ihnen, den Sachverständigen. Wir haben jeweils fünf Minuten pro Verband vorgesehen. Bitte haben Sie dieses Zeitfenster im Auge, es wird auch auf den Bildschirmen eingeblendet. Wir starten mit Frau Peranić, oder Herr Holze? Sie haben zusammen fünf Minuten. Bitte schön, Herr Holze.

Jan Holze (DSEE): Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Es geht um das Thema Ehrenamt, was uns sehr freut. Sie wissen, 29 Mio. Menschen engagieren sich in der Bundesrepublik ehrenamtlich in über 650 000 gemeinnützigen Organisationen. Dreiviertel arbeiten rein ehrenamtlich, ohne hauptamtliche Unterstützung. Knapp die Hälfte dieser Organisationen verfügt über ein jährliches Budget von unter 10 000 Euro. Das Ehrenamt wünscht sich Qualifizierung, Beratung, Vernetzung, Anerkennung, finanzielle Förderung. Der Deutsche Bundestag hat im Jahr 2020 die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt auf den Weg gebracht. Wir haben auf diese Bedarfe reagiert. Beispielsweise findet jede Woche eine Webinar-Reihe statt. 2024 hatten wir noch knapp 312 Anmeldungen pro Webinar, mittlerweile knapp 489 pro Webinar, was zeigt, dass das den Bedarf trifft. Vernetzungsangebote bietet die Stiftung ebenso an, online und analog. Unser Highlight war im vergangenen Jahr die Konferenz „Alle reden über Geld – wir auch!“ mit knapp 1 300 Anmeldungen. Im Bereich der



Beratung hat sich auch ein steter Wandel, ein steter Bedarfszuwachs gezeigt. Während wir 2021 noch 82 Vereine beraten haben, sind das im Jahr 2024 bereits 955. Im Bereich der juristischen Beratung, der Fördermittelberatung und in der Versicherungsberatung, wo es darum geht, Vereine auch im Bereich der Versicherungen abzuchecken und sie fachlich zu unterstützen. 2022 waren das noch 47 Beratungen, in 2025 haben wir 270 Vereine in diesem Bereich beraten. Im Bereich der Anerkennung vergibt die Stiftung den Deutschen Engagementpreis. Mittlerweile veranstaltet sie den „machen!“-Preis sowie auch das Thema Ehrentag, worauf wir später noch eingehen werden. Auch der finanziellen Förderung kommen wir entgegen, indem wir verschiedenste Vereine und Organisationen in der gesamten Bundesrepublik finanziell unterstützen mit Kleinstförderungen, aber auch größeren Förderungen. Darüber verzeichnen wir mittlerweile ein reines Antragsvolumen von knapp 100 Mio. Euro, sodass wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nur knapp ein Fünftel dieser Organisationen auch tatsächlich unterstützen können. Im Jahr 2025 sind das knapp 3 000 Organisationen in der gesamten Bundesrepublik.

Katarina Peranić (DSEE): Ehrenamt und Engagement in Deutschland sind im Wandel. Die Zahl der Engagierten in ehrenamtlichen Leitungspositionen sinkt seit 1999. Gleichzeitig nimmt die Anzahl derjenigen zu, die sich bürgerschaftlich engagieren und auch die Vereinsgründungen. Das hat mehrere Gründe. Menschen engagieren sich heutzutage stärker lebenslagenorientiert. Jeder sechste Engagierte ist in informellen Gruppen engagiert. Das heißt, das ist kein Phänomen der Jugend, sondern das betrifft die Breite der Gesellschaft. Gründe hierfür sind auch das Thema Nachwuchsgewinnung für Vereine, und hierfür braucht es Lösungen. Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt hat hier Programme aufgelegt, um eben genau diese ehrenamtlichen Führungs- und Leitungspositionen aufzusetzen und diese auch zu unterstützen mit dem Programm FuturE beispielsweise. Aber was sehr wichtig ist für die Vereinsstrukturen, um sich auch anderen Gruppen zu öffnen, sind die Themen Organisationsentwicklung, Beratung und Qualifizierung. Wir wissen aus der Forschung, dass fünf Millionen Menschen in Deutschland bereit sind sich zu engagieren, es aber noch nicht sind. Hierfür werden wir im nächsten Jahr gemeinsam mit dem Bundespräsidenten den Ehrentag veran-

stalten, an dem ganz Deutschland aufgerufen ist, mitzumachen - in Vereinen, in Stiftungen, in Initiativen.

Jan Holze (DSEE): Bürokratie bremst Ehrenamt und Engagement aus. 77 Prozent der Befragten einer Befragung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt sagen, dass die Bürokratiebelastung besonders hoch bis sehr hoch ist. Zweiundvierzig Tage pro Jahr oder 6,5 Stunden pro Woche muss sich ein Verein sich mit bürokratischem Aufwand herumschlagen. Die Ehrenamtlichen wünschen sich Vereinfachung von Vorschriften, Entlastung durch klare und weniger komplexe Anforderungen, aber auch Entlastung durch Digitalisierung und Automatisierung. Die DSEE selbst kann zunächst einmal unbürokratisch handeln, aber auch dabei begleiten, beraten, qualifizieren und an die Hand nehmen, damit Ehrenamtliche selbständig der Bürokratie begegnen können.

Katarina Peranić (DSEE): Digitalisierung und KI-Entwicklung darf nicht verschlafen werden. Social Media, Algorithmen, Plattformökonomien verändern das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland, aber auch unser demokratisches Miteinander. Zwar kann KI durchaus viel helfen, etwa bei der Prozessoptimierung und Plattformen wie TikTok eröffnen neue Öffentlichkeiten, bauen Barrieren ab. Aber es birgt natürlich auch Risiken und Gefahren, wie Desinformationen, Hassrede, Diskriminierung. Wichtig ist es, Engagierte dabei zu unterstützen und zu begleiten. Auch hier spielt die Vernetzung, die Qualifizierung, aber auch die Förderung von Vereinen und Organisationen eine riesengroße Rolle, um zivilgesellschaftlich Engagierte und Ehrenamtlichen den Wumms zu geben, dass sie Digitalisierung und KI für das Gemeinwohl nutzen können. Dafür steht auch die DSEE mit ihren Programmen 100xDigital oder auch transform D, wo wir ganz genau sehen können, dass auch aus diesen Bereichen Gruppeninnovationen entstehen, die uns allen zugutekommen.

Die **Vorsitzende**: Ich bin begeistert. Vielen Dank für Ihre Präsentation. Dann gehen wir gleich weiter in der Reihe. Frau Dr. Schwalb, bitte.

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende Özoguz, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme. Bei dieser ersten grundsätzlichen Befassung mit dem Thema Engagement und



Ehrenamt, Engagementpolitik insgesamt. Dem Ausschuss für Sport und Ehrenamt liegt auch meine schriftliche Stellungnahme vor und ich spreche hier für das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement BBE. Die gute Nachricht ist, unverzichtbare Bereiche des gesellschaftlichen Engagements werden durch Ehrenamt, durch Engagement, durch die organisierte Zivilgesellschaft getragen, ob bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Sportvereinen, in Kultureinrichtungen oder auch beim Umweltschutz. Aktuell stehen allerdings das Ehrenamt und das Engagement bedeutend unter Druck. Unsere Gesellschaft ist in Veränderung, und hier spielt Zivilgesellschaft eine bedeutende Rolle, begleitet wird diese Veränderung durch den digitalen Wandel, er kann Folgen des demografischen Wandels auffangen und auch den durch den Klimawandel bedingten Umbau mitgestalten. Menschen haben teil an dem gesellschaftlichen Umbau und er kann dadurch Legitimität gewinnen. Zugleich ist Zivilgesellschaft aber durch diese Veränderungsprozesse herausgefordert und unter Druck geraten. Meine Vorrredner/-innen haben das schon ausgeführt. Deshalb kann ich jetzt darüber hinweggehen und mir etwas Zeit sparen. Um das volle Potenzial entfalten zu können, sind gute Rahmenbedingungen erforderlich und die nötige Anerkennung. Hier kommen Sie ins Spiel, sehr geehrte Damen und Herren, Sie können nämlich entscheidend zur Verbesserung der Situation von Engagement in Deutschland beitragen. Was können Sie unternehmen? Ich habe Ihnen drei Punkte mitgebracht. Erstens, Anerkennung, Entlastung und Schutz. Zweitens, Hauptamt stärkt Ehrenamt. Drittens initiieren Sie einen neuen Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Zu erstens, Anerkennung, Entlastung und Schutz. Es ist wichtig, dass sichtbar wird, wie weitverbreitet Engagement in Deutschland ist und wie bereichernd und wirkungsvoll Engagement ist. Sie können dazu konkret beitragen, zum Beispiel, indem Sie im Rahmen unserer Woche des bürgerschaftlichen Engagements Gesicht zeigen in Ihren Wahlkreisen, indem Sie zuhören, mit Engagierten sprechen, Organisationen und Netzwerke aufsuchen. Die Woche des bürgerschaftlichen Engagements ist die größte Freiwilligeninitiative Deutschlands, und Sie können gemeinsam aktiv auf unserer Plattform und bei Veranstaltungen zeigen, wie wichtig Engagement ist. Das heißt, Sie können durch politische Wertschätzung unterstützen. Anerkennung

bedeutet aber noch mehr, bedeutet auch harte Fakten. Das heißt, rechtliche Rahmenbedingungen auch sind mitzugehen, denn durch die Verbesserung von Rahmenbedingungen schaffen Sie Wertschätzung und Anerkennung - und vor allem Sichtbarkeit. Zum Beispiel kann durch die Entlastung von bürokratischen Hürden die Attraktivität gesteigert werden. Damit lässt sich eine bessere Stimmung erreichen. Das kann dem Rückgang von Engagement und Mitgliedschaften entgegenwirken. Ein anderes Beispiel ist das Zuwendungsrecht. Das ist ein schmerzhafteres und langwieriges Thema. Ich möchte es trotzdem anschniden, weil es so relevant ist. Damit komme ich zu meinem zweiten Punkt: Hauptamt stärkt Ehrenamt. Hauptamtliche Strukturen, die Engagement ermöglichen und begleiten, sind oft instabil, unterfinanziert. Das ist aber ein unheimlich wichtiger Bereich der Zivilgesellschaft. Ohne Hauptamt kann Engagement nicht gewonnen, kann nicht begleitet und nicht qualifiziert werden. Deswegen regen wir eine Reform des Haushalts- und Zuwendungsrechts an und empfehlen dies für Projekte über jährige und langjährige Förderlaufzeiten. Dies ist so häufig noch nicht gegeben. Wir haben zum einen die kurzfristigere Perspektive auf Projekte und Programme, aber wir haben zum anderen, und darauf möchte ich noch einmal verweisen, Infrastruktureinrichtungen in Deutschland, die längerfristig Aufgaben übernehmen, um Engagement sinnvoll zu rahmen, zu unterstützen und zu stärken. Hier wäre es wichtig, dass die Kommunen gestärkt werden und dass diese Infrastruktureinrichtungen Teil der Daseinsvorsorge werden. Wir regen entschieden an, das im Rahmen eines Engagementfördergesetzes gesetzlich zu verankern. Nun zu meinem dritten Punkt: Der neue Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Es gab in der letzten Zeit auf allen Seiten, sowohl staatlicher-, politischer- als auch zivilgesellschaftlicherseits Unsicherheiten. Im Dialog gab es teilweise schwierige politische Kommunikation. Das können wir uns aber meines Erachtens nicht leisten. Deswegen regen wir an und appellieren an Sie, lassen Sie uns konstruktiv zusammenarbeiten, lassen Sie uns regelmäßig gemeinsam das Wort führen. Beteiligungsprozesse hin zur Engagementstrategie des Bundes, in der letzten Legislaturperiode haben hiermit begonnen, und wir haben hier einiges vorgelegt, um Vorschläge zu unterbreiten. Greifen Sie darauf gern zurück. Wir haben aber vor allem auch an guter Governance gearbeitet, an



einem guten Miteinander über die Sektorengrenzen hinweg. Dafür steht das Bundesnetzwerk Bürger-schaftliches Engagement. Wir würden uns sehr freuen, hier mit Ihnen anknüpfen zu können. Positives Fazit, viele Menschen sind bereit sich zu engagieren und unser aller Zukunft positiv mitzu-gestalten. Sie leisten für den Zusammenhalt einen unabdingbaren Beitrag. Wenn Engagementpolitik hier systematisch ansetzt, dann kann Zivilgesell-schaft ihr volles Potenzial für unsere Gesellschaft entfalten. Danke.

Die Vorsitzende: Wir sind tief beeindruckt. Ganz herzlichen Dank. Auch das war auf den Punkt. Herr Wenzel, bitte schön.

Jan Wenzel (BfG): Vielen Dank und herzlich willkommen! Herzlichen Dank für die Einladung Frau Vorsitzende und sehr geehrte Abgeordnete! Ich spreche für das Bündnis für Gemeinnützigkeit. Das ist ein Zusammenschluss der großen Spitzen und Dachverbände des gemeinnützigen Sektors. Zunächst einmal möchten wir deutlich begrüßen, dass in der Koalitionsvereinbarung Themen aufgegriffen werden, die für das Ehrenamt relevant und drängend sind. Dazu gehören Vereinfachungen im Gemeinnützigkeitsrecht, Bürokratierückbau, der Zukunftspakt Ehrenamt und Verbesserungen in der Haftung. Wir begrüßen das neue Amt der Staatsmi-nisterin im Bundeskanzleramt und auch, dass das Ehrenamt nun Teil und Schwerpunktthema dieses Ausschusses ist. Das ist ein starkes Signal an die 29 Mio. engagierten Menschen in unserem Land. Das ist auch ein Teil der Wertschätzung, die hier entgegengebracht wird. Gleichzeitig ist uns auch sehr wichtig zu betonen, dass Ehrenamt nicht isoliert betrachtet werden darf. Ehrenamt braucht Hauptamt. Das hat Lilian Schwabl gerade schon ausgeführt. Ohne hauptamtliche Strukturen, die koordinieren, begleiten, verantworten und unter-stützen, fühlen sich viele Engagierte alleingelassen und mit bürokratischen Anforderungen überlastet. Es geht daher um die Betrachtung des gesamten Sektors, also nicht nur des ehrenamtlichen Bereichs, sondern eben auch des gesamten gemeinnützigen Bereichs, vom kleinen Vereinen bis zum großen Verband. Über die Anliegen des Ehrenamts sollte insbesondere mit den Organisationen und ihren Verbänden gesprochen werden. Sie kennen die Bedarfe am besten. Wir brauchen ein dauerhaftes Dialogformat mit dem Ausschuss, aber auch mit der Staatsministerin im Kanzleramt. Darüber

hinaus brauchen wir auch offene Ohren in anderen Ressorts. Das ist sehr wichtig, denn wenn wir über Zuwendungs- und Haushaltsrecht reden, dann reden wir tatsächlich nicht per se über die Zuständigkeiit dieses Ausschusses. Insofern brauchen wir diese Türöffnung durch Sie, und auch durch die Abgeordneten in den anderen Ausschüsse in die relevanten Ministerien, hier, wie gesagt, Finanz-ministerium, Justizministerium, Familienministe-rium und auch das neue Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung. Ich will auf drei Punkte eingehen. Einige wurden schon genannt. Erstens Bürokratieabbau, das ist die Last, die die meisten Organisationen irgendwie drückt. Im Rahmen von komplexen Formularen, im Rah-men von Anträgen und Nachweisen. Darunter leiden die Engagierten und darunter leiden ehrlich gesagt auch die Verwaltungen selbst. Hier müssen wir etwas machen, denn die Fördermittel, die sollen ja in den Projekten wirken und nicht in den Aktenordnern. Daher brauchen wir Vereinfachun-gen im Haushalts- und Zuwendungsrecht. Dafür haben wir ein Arbeitspapier erstellt. Das können wir gern teilen, wo wir auf Erfahrungen aus dem Bund, den Ländern und aus der Europäischen Union hinweisen, wie es einfacher gehen kann. Zum Bürokratieabbau gehört auch das Once-Only-Prinzip im Rahmen der vielen Register, in die sich Organisationen eintragen müssen. Da ist einiges zu tun. Zweitens: Wir wünschen uns, dass wir in ein partnerschaftliches Fördern einsteigen. Und zwar wird der größte Teil der Arbeit der Vereine und Organisationen gar nicht durch den Staat finan-ziert, sondern durch Mitgliedsbeiträge, durch Spenden oder aus Zweckbetrieben. Für einige Bereiche gibt es aber eben doch den Bedarf der Förderung. Hier wünschen wir uns mehr Verständ-nis dafür, dass es um gemeinsame Interessen geht, nämlich um die gemeinnützigen Interessen. Das sind Interessen sind, die sowohl der Staat als auch die Zivilgesellschaft verfolgen. Es ist also an der Zeit, hier ein anderes Verständnis zu entwickeln, im Sinne der Initiative für einen handlungsfähigen Staat, die das formuliert. Ein handlungsfähiger Staat kann mehr Vertrauen wagen. Und drittens geht es darum, Rechtssicherheit zu gewährleisten. Ob bei der Haftung von Vorständen im Steuerrecht oder beim politischen Engagement, denn es geht hier um nichts weniger als unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nur wo Rechtssicherheit herrscht, übernehmen Menschen gerne Verant-



wortung, gehen in Vorstände, übernehmen Tätigkeiten. Da ist einiges zu tun. Wir haben also eine ganze Menge Gesprächsstoff. Wir haben einen Startpunkt, der heute durch das Steueränderungsgesetz und mit der Diskussion hier im Hause gesetzt wurde. Aber es gibt noch viel mehr zu tun im Rahmen des Zukunftspaktes. Ich glaube, wir können das gemeinsam anpacken. Dafür stehen wir als Verbände bereit und freuen uns auf den fortgesetzten Dialog.

Die Vorsitzende: Ganz herzlichen Dank! Last but not least, Herr Kemnitzer, bitte!

Tobias Kemnitzer (bagfa): Vielen Dank für die Einladung, Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich freue mich für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen heute zu Ihnen zu sprechen. Was treibt uns an? Wir sind davon überzeugt, alles, was unsere Gesellschaft braucht, findet sich im Engagement. Gemeinschaft, Bildung, Gesundheit, Zuversicht und Demokratie mit guten Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie und viel Vertrauen auch in den Eigensinn des Engagements – mit Ihnen gemeinsam und mit der neuen Staatsministerin, können wir Menschen in ihrem Ehrenamt besser unterstützen und noch mehr Menschen für ein Ehrenamt gewinnen. So können wir den Zusammenhalt durch Anpacken und Mitgestaltung stärken. Warum glauben wir das? Wir haben es von den Kolleginnen und Kollegen bereits gehört. Die Motivation ist noch da. Unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort in den 430 Freiwilligenagenturen berichten uns weiterhin von vielen Menschen, die sich engagieren möchten. Über 28 000 Engagementangebote finden Sie in der Engagementplattform der Aktion Mensch, die die Freiwilligenagenturen mitgestalten. Wir erwarten in Kürze den neuen Freiwilligensurvey. Im letzten Freiwilligensurvey hat die Hälfte der Befragten berichtet, sie würden sich auch zukünftig engagieren, wenn sie gute Angebote finden. Wir können im Freiwilligensurvey sehen, dass Engagement tatsächlich Zusammenhalt und Demokratie stärkt. Menschen, die sich engagieren, glauben an die Demokratie und die gesellschaftlichen Institutionen. Durch die Selbstwirksamkeit, die die Menschen erfahren, werden sie auch persönlich stärker und resilenter. Dadurch ist Engagement für uns auch ein probates Mittel gegen Einsamkeit und die schädlichen Folgen von Einsamkeit. Was muss sich verändern? Wir haben schon vieles gehört. Wir

müssen mit der Zeit gehen. Menschen verändern sich, ihre Zeitbudgets verändern sich. Die Herausforderungen im Alltag sind riesig, gerade für Familien, in der Pflege oder etwa die Doppelbelastung im ländlichen Raum durch weite Arbeitswege. Wir haben gehört, es gibt schon Kurzzeitengagements, digitales Engagement. Das Problem liegt in den verantwortungsvollen Engagements, genau da bei den Vorständen. Aber diese verantwortlichen Vorstände brauchen wir. Sie müssen wir von den Alltagssorgen der Bürokratie entlasten, weil es sonst keinen Spaß macht, und wir werden noch mehr Nachwuchsprobleme bekommen. Und für all das brauchen wir natürlich starke hauptamtliche Strukturen. Wir brauchen starke Kommunen, aber in den Kommunen, das bereitet uns gerade Sorgen, gibt es starke Haushaltskürzungen. Gerade bei den freiwilligen sozialen Leistungen wird gekürzt, wo auch sonst? Und wir müssen gemeinsam diskutieren, können wir die Aufhebung des Kooperationsverbotes angehen? Kann der Bund da besser unterstützen? Braucht es eine Pflichtaufgabe, Ehrenamt und Engagement? In strukturschwachen Regionen, in Krisenzeiten, werden wir mehr Engagement brauchen für die Pflege, für die Mobilität, für die Wehrhaftigkeit in der Bevölkerung. Wir brauchen mehr Engagement und brauchen bessere, deutlich bessere finanzielle Ausstattung von Engagement. Es wäre schön gewesen, wenn wir im Infrastrukturpaket der Bundesregierung auch die Infrastruktur für Demokratie und Engagement, die soziale Infrastruktur in diesem Lande mitgedacht hätten. Was ist noch wichtig, neben starken Rahmenbedingungen? Wir brauchen eine Vision und wir sollten den demokratischen Anspruch haben, dass sich alle Menschen, die sich engagieren möchten, das auch tun können. Wir wissen aus dem vierten Engagementbericht, dass Menschen, die weniger Einkommen haben oder eine Behinderung haben, die woanders herkommen, sich weniger einbringen können, obwohl sie sich einbringen möchten. Unsere Kolleginnen und Kollegen in Freiwilligenagenturen berichten, zehn Jahre später, nachdem Menschen damals zu uns gekommen sind, dass diese Menschen weiterhin große Motivation haben und etwas zurückgeben wollen. Dieses Potenzial können wir wahnsinnig gut nutzen, gerade auch im Kontext von Nachwuchssorgen. An dieser Stelle müssen wir etablierte Organisationen besser unterstützen, sich zu öffnen, und Migrantenorganisationen besser ausstatten. Für mich zeigt sich eine



gefährliche Entwicklung durch die verstärkte Polarisierung der Gesellschaft. Wir haben es gerade schon kurz gehört. Gerade Menschen, die sich politisch oder demokratisch engagieren, werden dafür angefeindet. Die hören auf, die sind frustriert. Wir müssen sie gemeinsam besser schützen. Dafür braucht es gemeinsame Schutzkonzepte, und dafür braucht es einen Schulterschluss zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Was wir uns sonst noch wünschen? Gute Laune, ihre Energie, die ist da und so viel Engagement und Ehrenamt! Ich mache diese Sache schon seit 15 Jahren. Da gab es noch nie einen echten politischen Raum. Mit diesem neuen Ausschuss, mit der neuen Staatsministerin, mit dem Erscheinen des Freiwilligensurveys wird es mehr Öffentlichkeit geben für dieses Thema. Das können wir nutzen. Wir haben genügend Wissen mit der Engagementstrategie der Bundesregierung und durch den Engagementbericht. Deswegen schließe ich mich meinen Kolleginnen und Kollegen gern an. Wir wünschen uns einen vertrauensvollen, ständigen Dialog mit Ihnen im Ausschuss, mit der Staatsministerin für Sport und Ehrenamt, um gemeinsam zu überlegen, wie können zukunftsstarke Rahmenbedingungen für das Ehrenamt aussehen, wie können wir diese gemeinsam etablieren und damit einen wichtigen Beitrag für die Zuverlässigkeit und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land leisten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Die Vorsitzende: Ganz herzlichen Dank! Das war alles wunderbar bündig auf den Punkt. Jetzt schließen sich zwei Fragerunden einschließlich Antworten an. Kurz zur Erklärung. Die erste Fragerunde geht ungefähr über 27 Minuten. Die Fraktionen haben, je nach ihrer Größe, ein unterschiedliches Zeitkontingent. Für Sie ist wichtig zu wissen, dass Fragen und Statements der Abgeordneten und ihre Antworten in einem Zeitbudget enthalten sind. In der ersten Runde werden die Antworten der Bundesregierung nicht auf das Zeitbudget angerechnet, aber Ihre schon. Also wenn drei von ihnen gefragt werden und einer antwortet bis die Zeit abgelaufen ist, haben die anderen keine Chance mehr auch zu antworten. Die zweite Runde wird dann ein bisschen bündiger, und wir beginnen mit der Unionsfraktion. Wer startet dort? Stephan Mayer, bitte schön.

Abg. Stephan Mayer (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Sachverständige! Ich

möchte mich bei Ihnen herzlich bedanken für Ihren wesentlichen und sehr wichtigen Beitrag zu Beginn. Das war sehr instruktiv und hat unterstrichen, welch erhöhte Bedeutung dieser Ausschuss jetzt dadurch gewonnen hat, dass er eben nicht mehr nur für den Sport zuständig ist, sondern in Zukunft auch für das Ehrenamt. Mit dieser Entscheidung der neuen Regierungskoalition sowohl im Bereich der Exekutive, mit dem Schaffen der Staatsministerin für Sport und Ehrenamt als auch im Bereich der Legislative mit der Aufwertung dieses Ausschusses, wird sehr deutlich dass es uns wirklich ernst ist in dieser Legislaturperiode, ehrenamtliches Engagement in Deutschland stärker zu unterstützen, vor allem auch die Rahmenbedingungen für die schon erwähnten 29 Mio. Mitbürgerinnen und Mitbürger im Ehrenamt deutlich zu verbessern. Es ist schon erwähnt worden, ich bin der Bundesregierung sehr dankbar dafür, dass mit dem Steueränderungsgesetz 2025 der Beginn dafür gemacht wurde. Wobei ich noch einmal deutlich sagen möchte, im Koalitionsvertrag ist von einem Zukunftspakt Ehrenamt die Rede. Dieses Steueränderungsgesetz 2025 ist natürlich nur der Anfang und auch nur ein kleiner Teil dieses Zukunftspaktes Ehrenamt. Es geht da um die Erhöhung der Ehrenamtspauschale, der Übungsleiterpauschale, der Freigrenze für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb, der Erhöhung der Grenze für Haftungsfreistellungen. Alles richtig, aber mit Sicherheit noch nicht der Durchbruch. Lieber Herr Holze, Sie haben in Ihrem ersten Slide oder in der ersten Folie den Satz geprägt, Ehrenamt hält Deutschland zusammen. Ich glaube, und da kann ich auch an Herrn Kemnitzer anschließen, es geht bei der Unterstützung ehrenamtlichen Engagements in Deutschland nicht nur darum, Deutschland zusammenzuhalten, sondern teilweise auch darum, Deutschland wieder zusammenzuführen. Gerade wegen der schon erwähnten Entwicklungen im Bereich der Radikalisierung, der Polarisierung, der Individualisierung, der Vereinsamung unserer Bevölkerung ist das von hoher Bedeutung. Das Ganze ist ein Thema, das uns zusehends betrifft, insbesondere in der älteren Bevölkerung. Ich glaube, da kann die Förderung von ehrenamtlichem Engagement vieles bewirken. Ich darf mit Ihnen beginnen, Frau Peranić, Herr Holze, und an dieser Stelle vielleicht auch noch ein kleines Lob aussprechen. Die Deutsche Stiftung Engagement und Ehrenamt macht aus meiner Sicht einen klasse Job. Deswegen wird sie richtigerweise



weiterhin in der bisherigen Höhe und trotz aller haushalterischen Schwierigkeiten gefördert. Sie gehen aus meiner Sicht sehr hemdsärmelig und unbürokratisch an die Beantragung bzw. an Antragsteller heran und haben auch erwähnt, dass Sie mit vielen Ehrenamtlichen, sehr vielen Vereinen zu tun haben. Was sind denn ganz konkret die Hauptschwerpunkte? Sie haben das Thema Überbürokratisierung, Überregulierung im Allgemeinen schon erwähnt. Aber interessant wird es immer, wenn es konkret wird. Daran sollten wir uns orientieren, wenn wir Vorhaben entwickeln, die wir dann auch umsetzen. Welche konkreten Beschwerdepunkte werden Ihnen angetragen? Was sind die Hauptkritikpunkte?

Die **Vorsitzende**: Bitte schön.

Jan Holze (DSEE): Vielen Dank. Das hemdsärmelige Fördern nehme ich als durchaus positiv entgegen und nicht im Sinne von luschig. Tatsächlich ist das unser Ansatz. Ich glaube, dass die Bundesregierung, dass der Deutsche Bundestag keine Institution zur Unterstützung des Ehrenamtes zu schaffen braucht, wenn wir es nicht ein Stück weit anders machen, als es die Ministerialverwaltung bislang getan hat. Das ist unser Anspruch dementsprechend aus der Perspektive der Ehrenamtlichen zu denken, wenn es darum geht, Unterstützungsformate auf den Weg zu bringen. Das kann im digitalen Raum sein, das kann bei der Abwicklung der Förderprogramme sein. Denn unser Ziel ist es, möglichst wenig Aufwand bei der Abwicklung entsprechender Förderformate zu erzeugen und die Ehrenamtlichen an die Hand zu nehmen bis hin zur Einreichung des Verwendungsnachweises, den wir am Ende gesetzlich auch fordern müssen. Ich glaube, dass man viel Hilfe auf den Weg bringen kann, die Ehrenamtlichen dabei zu unterstützen und dieses mit möglichst wenig Aufwand zu betreiben. Uns werden an verschiedenster Stelle, auf unseren Reisen durch ganz Deutschland, immer individuell geprägt, diese Anliegen vorgetragen. Ob es ein Tennisverein ist, der einen Tennisplatz-Neubau auf den Weg bringt und sich über darüber beschwert, was er mit dem alten Sand machen muss. Wenn jemand einen Marathon veranstalten möchte und schildert, dass er dafür mit mindestens zehn Behörden und nicht mit einem Ansprechpartner zu tun hat. Daraus entsteht ein subjektives Empfinden von Überbelastung. Wenn ich konkret gefragt würde, wo ich ansetzen würde, wäre das

ganz klar im Bereich des Datenschutzes. Das wäre im Bereich der Haftungserleichterungen. Das wäre im Bereich der Veranstaltungsorganisation, also dort, wo sehr viele Organisationen, ob im Sport oder außerhalb des Sports, davon betroffen sind. Da würde ich ansetzen, um hier Sicherheit zu vermitteln und vor allem das Signal der Entlastung tatsächlich auszusenden.

Die **Vorsitzende**: Herr Mayer, bitte.

Abg. Stephan Mayer (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Holze. Um das noch einmal klarzustellen, zumindest in Bayern ist das Adjektiv hemdsärmelig positiv konnotiert. Das mag anderswo anders sein, von mir war es auf jeden Fall sehr positiv und sehr respektabel Ihnen gegenüber gemeint. Ich darf die anderen drei Sachverständigen vielleicht noch in aller Kürze fragen. Herr Holzer hat konkret drei Hauptkritikpunkte erwähnt, die vielleicht auch Menschen davon abhalten, sich ehrenamtlich zu engagieren. Ich glaube, es geht in unserem Ausschuss auch darum, als Fürsprecher, als Lobbyist für das Ehrenamt gegenüber den anderen zuständigen Ausschüssen zu agieren. Welche drei Punkte würden Sie nennen, was die Hauptschwerpunkte oder die Haupthemmisse sind, beim Thema ehrenamtliches Engagement?

Die **Vorsitzende**: Wer möchte starten? Frau Dr. Schwalb, bitte.

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Unsere Erfahrung ist, dass es vor Ort häufig um kleine Beträge geht. Da kommt es vor allem darauf an, dass man von zu hohen bürokratischen Aufwänden bei häufig geringen Förderzeiten. Zum Beispiel, indem man auf Verwendungsnachweise verzichtet, wenn die Förderhöhen gering sind, wenn es um kleinere Projekte geht, oder dass man für gewisse Fragestellungen einfach Pauschalen einführt. Und wenn es um längere Projekte und größere Vorhaben geht, muss eine Überjährigkeit einführt werden, die ermöglicht, dass man sich auf mehr als nur ein Jahr konzentrieren kann. Um Engagierte zu gewinnen, gehört es sicher auch dazu, auf die Gruppe zu schauen, die besonders Mehrfachbelastungen ausgesetzt ist. Das sind gerade die Leute, die in der Rushhour ihres Lebens zwischen 30 und 49 sind, Kinder haben, häufig auch Care-Verpflichtungen haben. Da gilt es, ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, wie wir diese Menschen, die häufig mehrere Engagements haben, besser unterstützen



und an das Engagement binden können.

Die **Vorsitzende**: Herr Wenzel, bitte.

Jan Wenzel (BfG): Ich ergänze einen Aspekt, der besonders für den Bund interessant ist. Gerade wenn wir über Förderbedingungen reden, dann finden wir in verschiedensten Ministerien verschiedene Förderbedingungen und Auslegungen im Rahmen von Förderrichtlinien. Da ist deutlich mehr Einheitlichkeit erforderlich. Wir sehen viele Reformen in den Bundesländern, die einige Veränderungen angehen, und das ist sehr hilfreich. Ansonsten würde ich gern noch auf die längerfristige überjährige Förderung eingehen. Dieses Instrument erfordert beim Bundestag mehr Offenheit für Verpflichtungsermächtigungen. Auf diese beiden Punkte möchte hier an dieser Stelle Ihr Augenmerk richten, diese hervorheben, und es zunächst dabei belassen.

Die **Vorsitzende**: Herr Kemnitzer, bitte.

Tobias Kemnitzer (bagfa): Ich kann das aus meinem eigenen Ehrenamt erklären. Ich bin im Förderverein der Schule und wir machen einmal im Jahr einen Sponsoringlauf. Ich habe mich angeboten, auf die Finanzen zu schauen und dann die Frage, wie mache ich denn dann eigentlich eine Steuererklärung? Dann habe ich im Internet recherchiert, und dort stößt man auf Tausende von Hinweisen, aber irgendwie findet man immer nicht den richtigen. Deswegen ist es gut, dass es die DSEE gibt. Ganz klar, auch an dieser Stelle brauchen wir mehr Vereinheitlichung und Hilfestellung für die Ehrenamtlichen. Es hat sich leider etwas eingeschlichen, man hat inzwischen Angst vor Verwaltung. Wo gibt es den Schulterschluss, wo gibt es da dieses Gefühl wir unterstützen euch darin, diese Steuererklärung richtig auszufüllen. Wir unterstützen euch in eurer Veranstaltung. Ihr müsst keine Angst haben vor den Hygienevorschriften. Ihr müsst keine Angst haben davor, dass jeder einen eigenen Hygienepass braucht, der einen Kuchen mitbringt. Wir brauchen mehr one fits all, das wäre am besten. Anderes Beispiel, wenn ich einen Antrag für eine Veranstaltung stelle und dann ist, vielleicht wie bei Ihnen in Bayern, die GEMA gleich mit dabei. Es muss einfacher werden. Das Ziel muss sein, dass diese Veranstaltung allen Menschen Spaß macht. Das ist wichtig.

Die **Vorsitzende**: Ganz herzlichen Dank. Dann geht es zur AfD-Fraktion, Herr Schieske, bitte.

Abg. Lars Schieske (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank für die Stellungnahmen. Wir haben sie uns natürlich durchgelesen und haben jetzt auch ordentlich zugehört. Ich möchte Frau Dr. Schwab einmal daran erinnern, Sie sagten gerade, wir müssen im Dialog bleiben und miteinander reden. Sie merken, dass wir als zweiter Sprecher hier zu Worte kommen. Demzufolge sind wir eine große Menge an Politikern der AfD. Sie haben letztes Jahr unter dem Hashtag „Wir sind die Brandmauer“ auf Ihrer Seite aufgerufen. Ich würde gern von Ihrer Seite zitieren, „das Treffen zwischen Rechtsextremen und AfD-Politikern“, übrigens waren CDU-Politiker auch mit dabei, „um menschenverachtende und antidebakratische Migrationspolitik zu planen, hat viele in der Zivilgesellschaft, Medien und Politik dazu bewogen, noch deutlicher aktiv zu werden“. Und genau das ist das, was sie wollen. Sie wollen in die Vereine, Sie wollen die Vereine politisch instrumentalisieren, das ist das, was wir nicht machen. Wir alle drei Abgeordneten hier sind in Vereinen aktiv. Wir sind dort entweder im Vorstand oder so aktiv, ohne politisch eingreifen zu wollen, denn wir sind dort Ihre sogenannte Zivilgesellschaft. Herr Kemnitzer, zum Thema Haushaltskürzungen in den Kommunen: Ich bin selbst Stadtverordneter in der Stadt Cottbus, das kann ich Ihnen erklären. Das kommt aus den Pflichtleistungen, die aber seitens des Landes und des Bundes nicht ausfinanziert sind. Die Kommunen bleiben darauf sitzen. Das ist zum Beispiel die von uns immer wieder bemängelte Migrationspolitik, die seitens des Bundes und des Landes betrieben wird, wo dann letztendlich die Kommunen alles ausbaden. Wir haben uns Ihre Stellungnahmen durchgelesen, wir haben ein Fazit daraus gezogen und deswegen haben wir nur Fragen an die Bundesregierung. Wie rechtfertigt die Bundesregierung die hohen Zuschrüsse an Dachverbände und Stiftungen, wie zum Beispiel die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt mit über zehn Mio. Euro, während andere Ehrenamtliche, die tatsächlich im Ernstfall für uns da sind, wie zum Beispiel das THW, in der Fläche mit veralteter oder nicht vorhandener Ausrüstung und Technik arbeiten muss?

Die **Vorsitzende**: Frau Dr. Kibele, bitte. Vielen Dank.

Dr. Babette Kibele (BKamT): Wir unterstützen die Stiftung für Ehrenamt und Engagement sogar mit



30 Mio. Euro, gespeist bisher aus drei Töpfen. Und wir finden, dass die Stiftung eine hervorragende Arbeit macht, ganz viele Ehrenamtliche unterstützen und hilft, Ehrenamt zu ermöglichen und in der Fläche zu betreiben. Ich kann jetzt aus dem Kopf nicht sagen, wie viel Geld der BMI-Haushalt in die Stützung des THW steckt. Ich bin aber selbst lange Mitarbeiter des BMI gewesen und kann sagen, dass das THW einen ausgesprochen hohen Stellenwert hat und ich davon ausgehe, dass auch Bundesminister Dobrindt das so sieht und das THW entsprechend unterstützt. Von daher ist es aus unserer Sicht gerechtfertigt, die Stiftung für Ehrenamt und Engagement weiter zu unterstützen, und ich gehe auch davon aus, dass das THW ebenfalls sehr gut weiter unterstützt wird.

Die Vorsitzende: Ich kann nur zur Information sagen, das THW war gestern hier und sie haben zumindest mir gegenüber sehr deutlich gemacht, dass sie Aufwürfe im Haushalt sehr begrüßen würden. Bitte schön.

Abg. Lars Schieske (AfD): Vielen Dank. Man braucht nur einmal den Sanierungsstau bei Gebäuden des THW anzuschauen, dann weiß man, wie viel Geld dort hineingesteckt werden müsste. Aber weiter zu Frage zwei. Wie wird sichergestellt, dass es durch Ihren Zukunftspakt, den Sie erstellt haben, nicht zu einem weiteren Förderprogramm für beratende NGOs kommt, sondern dass das Geld tatsächlich bei Vereinen, Feuerwehren, THW und vor allem bei Sportvereinen ankommt?

Die Vorsitzende: Bitte schön.

Dr. Babette Kibele (BKamt): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Das wird dadurch sichergestellt, dass wir in dem Zukunftspakt überhaupt nicht nur Sport, THW oder irgendetwas ansprechen, sondern mit dem Zukunftspakt Erleichterungen schaffen wollen, die allen ehrenamtlichen Organisationen zugutekommen und insofern auch sicherlich den von Ihnen genannten. Wir machen hier keine Sektoren-Besserstellung, sondern wir wollen zusammen Regelungen schaffen, vor allem mit dem Bundesfinanzministerium. Das klang schon an, denn das Bundesfinanzministerium ist für den Steuerbereich sehr wichtig, so wie das Bundesjustizministerium für Regelungen im Vereinsrecht wichtig. Das gilt für alle Bereiche gleichermaßen.

Die Vorsitzende: Herr Schieske.

Abg. Lars Schieske (AfD): Da komme ich zu Frage drei, Herr Kemnitzer hat es angesprochen. Die Kommunen leiden unter einem massiven Finanzierungsmangel an freiwilligen Leistungen. Warum setzt die Bundesregierung auf immer mehr bundesweite Programme, anstatt die Kommunen direkt mit zweckgebundenen Mitteln für das Ehrenamt auszustatten und sie sozusagen in die Selbstverantwortung zu nehmen?

Die Vorsitzende: Bitte schön.

Dr. Babette Kibele (BKamt): Vielen Dank. Jetzt spreche ich hier nicht für das Bundesfinanzministerium, aber die Bundesregierung gibt in der Regel das Geld an die Länder und die Länder geben es an die Kommunen. Das ist es, was ich hier dazu sagen kann.

Die Vorsitzende: Haben Sie noch Fragen?

Abg. Lars Schieske (AfD): Nein.

Die Vorsitzende: Dann kommen wir zur SPD-Fraktion. Da muss ich einmal vorab in die Runde fragen, weil ich da diejenige bin, die die Berichterstattung macht, ob das für alle okay ist, wenn ich das wie gewohnt von hier mache. Sonst würden Herr Lehmann und ich tauschen. Ich sehe keinen Protest. Dann spreche ich jetzt für die SPD-Fraktion. An dieser Stelle möchte mich Herrn Mayer anschließen, um noch einmal für Ihr Engagement zu danken. Es gab in der vergangenen Legislaturperiode den Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement. Dort wurde immer wieder der Gedanke geäußert, es wäre schön, eine Ansprechperson zu haben. Das hat die Bundesregierung jetzt mit der Staatsministerin im Bundeskanzleramt geschaffen, die sich für heute leider entschuldigen musste. Wir sind umso glücklicher, dass Frau Dr. Kibele hier ist. Wir freuen uns natürlich, dass aus diesem Sportausschuss, wo sehr viel Expertisen zu Sport schon seit Jahren vorhanden sind, jetzt der Ausschuss für Sport und Ehrenamt entstanden ist. Sie sind heute unsere Auftaktgäste. Vielen Dank dafür. Ich würde tatsächlich meine erste Frage an das Kanzleramt richten, denn wir haben uns alle sehr gefreut, dass es so schnell ging mit dem Zukunftspakt Ehrenamt. Wir Abgeordneten legen schon Wert darauf, deutlich zu machen, am Ende bestimmen wir. Man kann uns immer Dinge vorlegen, und wir haben dieses Vorhaben mit großer Freude dann auch verabschieden können. Was planen Sie jetzt weitergehend? Sie haben hier



gehört, der Zukunftspakt sei ein erster Aufschlag. Da sind noch viele Erwartungen. Was können Sie uns jetzt schon mitgeben?

Dr. Babette Kibele (BKamt): Wir haben uns bei dem Zukunftspakt Ehrenamt Folgendes gedacht. Erstens wollen wir keinen weiteren. Wir haben die Engagementstrategie aus der letzten Legislaturperiode, was sicherlich eine gute Grundlage ist. Wir wollen jetzt konkret operative Dinge in Gang setzen. Vorab sei erklärt, dass wir für ganz viele Punkte als Kanzleramt nicht gesetzgeberisch federführend oder gesetzeseinbringend federführend sind. Das Datenschutzrecht ist im BMI, das Vereinsrecht ist im BMJ, die ganzen Finanz- und Steuersachen sind im BMF. Mit dem Zukunftspakt Ehrenamt wollen wir daher eine Klammer bilden. Wir haben uns jetzt mehrfach schon mit den Ressorts getroffen und sind sehr froh, das muss man fairerweise sagen, dass das BMF auch ohne unser Zutun die Änderungen vorgenommen hat, die jetzt auf den Weg gebracht wurden. Damit haben wir sozusagen unter der Ziffer römisch I, die low-hanging-fruits erreicht, die alle schon einmal eingebracht worden sind. Wir haben uns jetzt, unter einer bei uns gedachten Ziffer römisch II, die Sachen vorgenommen, die vielleicht ein bisschen mehr Diskussionszeit brauchen, aber die wir jetzt angehen wollen. Dazu gehört zum einen das Datenschutzrecht. Die Datenschutzgrundverordnung wird auch auf europäischer Ebene noch einmal überarbeitet werden. Wir sind mit dem BMI dazu in einem engen Kontakt, um zu schauen, was kann man an datenschutzrechtlichen Erleichterungen schaffen? Ein Stichwort sind die Datenschutzbeauftragten, die man ab einer gewissen Hürde einrichten muss. Vielleicht kann man die Hürde positiv etwas absenken. Das ist für viele Vereine wichtig. Wir wollen generell das Vereinsrecht angehen, die Vereinsgründung. Dabei ist vieles noch sehr sperrig. Das soll etwas digitaler und schneller werden. Es klang vorhin schon einmal bei den Sachverständigen, das Stichwort GEMA-Gebühren. Da gibt es manche Bundesländer, die haben gute Verträge für ihre ehrenamtlichen Organisationen mit pauschalen Sachen. Es gibt Bundesländer, die sind noch nicht so gut dabei. Das thematisieren wir mit dem BMJ. Genau das ist der Teil, den wir hoffentlich jetzt einigermaßen zügig erreichen. Dann gibt es ein paar Sachen, die leider etwas dickere Bretter sind, die teilweise auch durch EU-Gesetze bedingt sind. Das

eine ist das Thema Spenden statt Wegwerfen. Das ist ein sehr großer Bereich. Wenn ich Sachen, die ich nicht brauche, wegschmeiße, zahle ich keine Steuer. Wenn ich sie spenden möchte, bin ich steuerpflichtig. Das tut uns allen weh. Das ist aber etwas, was wir jetzt nicht mit Unterstützung des Deutschen Bundestages allein regeln können, sondern was EU- bedingte Dinge sind. Das sind ein paar Schwerpunkte, die wir jetzt angehen wollen. Wir wollen auch den, zu Recht geforderten, engen Dialog schaffen mit den verschiedenen Nationen, die auch hier vertreten sind und uns regelmäßig treffen. Es gibt lange Kataloge aus praktischer Erfahrungssicht. Diese Erfahrungen zu berücksichtigen ist für uns wichtig, denn wir müssen natürlich genau wissen, was drückt. Vielleicht sind es die berühmten kleinen Dinge. Wir spüren bei den Ressourcen, mit denen wir sprechen, wirklich auch eine Offenheit dazu, da jetzt operativ in die Vorhand zu gehen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Ich habe tatsächlich noch eine Frage an Sie, denn wir beobachten auch durchaus Angriffe auf Amts- und Mandatsträger, auf zivilgesellschaftliche Organisationen. Wir machen uns da Gedanken, wie sehr das demokratiegefährdend ist. In der Kürze der Zeit, wenn Sie ganz kurz etwas dazu sagen mögen, wodurch fühlen Sie sich am meisten unter Druck gesetzt? Oder was sind Dinge, die bei Ihnen vielleicht aufschlagen oder die an Sie auch gespiegelt werden, wo es uns betreffen würde, etwas zu verändern? Für die SPD-Fraktion möchte ich noch deutlich sagen, dass auch wir an einem intensiven und regelmäßigen Austausch großes Interesse haben. Wer mag beginnen? Bitte schön.

Katarina Peranić (DSEE): Dieses Themenfeld wird häufig an uns herangetragen, das beobachten wir in den vergangenen Monaten verstärkt. Deswegen haben wir als Stiftung ein Projekt aufgesetzt, das sich Schutz- und Präventionsnetzwerk nennt. Im vergangenen Jahr haben wir mit Unterstützung des BMI damit begonnen. In diesem Jahr setzen wir in Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung die Arbeit fort, um Organisationen zu befähigen, Schutz- und Präventionskonzepte zu entwickeln, um rechtzeitig agieren zu können, bevor es zu solchen Problemen kommt. Darüber hinaus bieten wir juristische Beratung, wo wir mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wir sind immer wieder sehr schnell, wenn es darum geht, rechtliche Dinge mit



Online-Seminaren zu erklären, etwa das Thema politische Betätigung. Das haben wir in den Vorjahren schon sehr häufig getan und wir sind hier eng im Austausch mit anderen Organisationen aus der Zivilgesellschaft.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Mag noch jemand etwas sagen? Bitte schön, Frau Dr. Schwallb.

Dr. Lilian Schwallb (BBE): Tatsächlich schlägt bei uns auch die Frage rund um die politische Betätigung, das Neutralitätsgebot, zu Buche. Da wird viel diskutiert. Es gibt Unsicherheiten vor Ort in der Zivilgesellschaft. Es gibt Bedrohungslagen, die über das normale Ausmaß hinausgehen. Tatsächlich wird berichtet von Bedrohungen verbaler Natur bis hin zu körperlichen Anfeindungen, was natürlich höchst problematisch ist. Das sind Menschen, die sich ganz normal engagieren zum Beispiel für Bildungsfragen, für Kinder, für Kultur und die plötzlich in bedrohten Situationen sind. Daher die Fragen: Wie kommen wir besser in den Dialog? Wie können wir unsere politische Kultur wieder verbessern? Wie können wir wieder einen respektvolleren Umgang miteinander pflegen? Das liegt uns sehr am Herzen und das diskutieren wir im Netzwerk. Wir haben auch einige Migrantenorganisationen in unserem Netzwerk. Das sind auch Interessenvertretungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, von denen wir denken, diese gilt es zu stärken, auch strukturell zu stärken, damit sie mehr Sichtbarkeit erlangen und ihren Anliegen mehr Ausdruck verleihen können. Wir haben auch mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zusammengearbeitet, zum Beispiel im Programm Engagierte Stadt und haben dabei von Bedrohungslagen erfahren, die Ihnen auch allen bekannt sind und die höchst bedenklich sind.

Die Vorsitzende: Vielen Dank! Ich muss bei mir selbst besonders streng mit dem Zeitkontingent sein. Deswegen war es das jetzt, und wir gehen weiter zu Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Ophelia Nick, bitte schön.

Abg. Dr. Ophelia Nick (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Zuerst einmal schön, dass Sie hier sind, dass Sie Ihre Anliegen und Stellungnahmen uns hier gegeben haben. Ich glaube, jeder von uns ist ehrenamtlich aktiv oder war vielleicht aktiver, als er noch nicht in der Politik war, kann aber vieles, was Sie hier schildern, teilen. Ich habe ebenfalls

manchmal gedacht, führe ich jetzt ein Aktienunternehmen oder einen Förderverein, weil tatsächlich die Bürokratielast so hoch ist. Da wird es für Menschen, die engagiert sind und die ihre Lebenszeit unentgeltlich opfern, manchmal unlogisch. Deswegen noch einmal die Frage an die Bundesregierung, ob man da schon mal ein bisschen konkreter werden kann, ob es einen Zeitstrahl gibt, wann mit Erleichterungen zu rechnen ist. Ich würde gern noch zwei weitere Fragen an Sie stellen. Zum einen hat die Bundesregierung im Dezember letzten Jahres eine neue Engagementstrategie verabredet. Da waren viele von ihnen beteiligt, sei es durch die Befragung, durch die DSEE oder sei es durch das Einbringen von Inputs. Wo sollte da angeknüpft werden und wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf? Das ist die eine Frage, vielleicht antwortet da das BBE oder die bagfa? Die zweite Frage auch für Sie, sind die Organisationen in dem im September 2025 gestarteten Prozess zum Zukunftspaket Ehrenamt beteiligt und was sind die zentralen Themen?

Die Vorsitzende: Dann starten wir bei der Bundesregierung, halten die Zeit an und Sie können sich kurze, bündige Antworten überlegen. Bitte schön.

Dr. Babette Kibele (BKamt): Ich kann zu dem Zeitstrahl ehrlich gesagt jetzt Belastendes nichts sagen. Wir haben angefangen für die Punkte Vereinsrecht mit dem BMJ zu sprechen und für das Datenschutzrecht mit dem BMI. Beim Datenschutzrecht sind wir ein bisschen abhängig von den Diskussionen auf europäischer Ebene, weil es um Änderungen der Datenschutzgrundverordnung geht. Ich würde einfach vorschlagen, wir berichten in der Sitzung Ende des Jahres noch einmal konkreter. Ich kann es jetzt nicht sagen, ob in zwei Monaten oder in vier Wochen. Es dauert ein bisschen, bis wir zu diesen rechtlichen Änderungen kommen. Es wäre unseriös, wenn ich jetzt eine Zahl nenne.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Kemnitzer, bitte schön.

Tobias Kemnitzer (bagfa): Wir finden es wichtig, dass es erst einmal weitergeht mit der Engagementstrategie. Das war ein langer Weg, ein großes Beteiligungsverfahren. Vielen Dank an die DSEE und das Bündnis für Gemeinnützigkeit BBE war ja auch mit dabei. Es wurden viele Papiere geschrieben. Es ist wichtig, dass wir einen guten Diskursstand



haben, an dem wir gemeinsam weiterarbeiten können. Damit haben wir eine sehr gute Zusammen schau, wo steht die Bundesregierung in den einzelnen Häusern bei all den Themen. Ich will noch einmal zwei Themen herausgreifen. Katarina Peranić hat es kurz genannt, die digitale Transformation ist ein ganz wichtiges Feld, auch KI für die Zivilgesellschaft. Was bedeutet das in diesem Kontext? Ich möchte mich noch einmal stark machen dafür, Engagement über Grenzen hinweg zu ermöglichen und in unserer Engament-Landschaft transnationaler zu denken. Zum Thema Vielfalt ermöglichen und anerkennen habe ich vorhin bereits einiges gesagt. Ich finde es gut, dass wir weiterhin damit im Diskurs zueinanderstehen und dass es regelmäßige Berichterstattung vonseiten der Bundesregierung gibt, wo sie in der Umsetzung dieser Strategie, die wir alle gemeinsam teilweise so mühsam diskutiert haben, steht. Es war toll, dass es noch zum Ende der Legislaturperiode gelungen ist, diese zu verabschieden. Danke schön.

Die Vorsitzende: Möchte noch jemand ergänzen?
Herr Wenzel, bitte.

Jan Wenzel (BfG): Ich würde gern ergänzen einerseits, dass die Engagementstrategie eine super Problemanalyse ist und eigentlich all diese Punkte, die wir eben benannt haben, dort schon drinstehen. Insofern wäre es unsinnig, diese jetzt ad acta zu legen und nicht zu beachten. Es ist eine gute Roadmap, um sich jetzt daran zu machen. Wir sind im ersten Kontakt, auch zum Zukunftspakt, und würden uns natürlich auch mit diesen Themen, gerade im rechtlichen Bereich, gern einbringen.

Die Vorsitzende: Fünfundzwanzig Sekunden, Frau Dr. Schwalb.

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Gern. Einen Aspekt würde ich hervorheben. Wir haben eine ganze Breite von Policy Papers hervorgebracht. Im Rahmen des Beteiligungsprozesses des BBE haben ganz viele mitgewirkt. Ich würde gern daran anknüpfen, zwischen verschiedenen Themen und Bereichen die Verbindungen zu stärken. Zum Beispiel haben wir viele Erkenntnisse gesammelt, wie junges Engagement neu daherkommt und wie sich jüngere Menschen auf eine andere Art und Weise engagieren, als das die vorherigen Generationen gemacht haben. Das sind völlig legitime Art und Weisen, die nur noch nicht so viel Bekanntheit erfahren haben. Hier geht es auch darum, den

Generationendialog zwischen Jung und Alt zu stärken. Die Babyboomer sind jetzt auch aktiv und eine interessante Engagementgruppe, ebenso wie die Verbindung Stadt und Land. Es gibt viele Möglichkeiten, gerade auf diese Verbindungen zu blicken und hier ist noch einiges zu bearbeiten.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Das Wort hat Frau Eißing.

Abg. Mandy Eißing (Die Linke): Vielen Dank. Unsere erste Frage richtet sich an die Vertreterinnen und Vertreter der DSEE. Leider hat Ministerin Prien in dieser Woche eine 180 Grad Wende gemacht und zeigt sich plötzlich offen für das sogenannte Pflichtjahr. Die Stiftung hingegen äußerte sich zuletzt öffentlich ablehnend bezüglich der Einführung eines Pflichtjahres und betonte die Bedeutung von Freiwilligkeit. Können Sie Ihre Positionen dahingehend noch etwas ausführen? Meine zweite Frage richtet sich an das BBE. Welche Rolle spielt das BBE beim Schutz von Ehrenamtlichen vor Angriffen, Bedrohungen oder digitaler Gewalt, und welche Erkenntnisse haben Sie zur Zunahme von Bedrohungen, Anfeindungen oder Übergriffen auf Engagierte und Ehrenamtliche? Danke.

Die Vorsitzende: Bitte schön.

Jan Holze (DSEE): Das Pflichtjahr bedeutet Verpflichtung für Menschen, sich in den gemeinnützigen Sektor hineinzugeben. Ich glaube, dass das nicht der richtige Weg ist, um Ehrenamtliche für ein Engagement zu gewinnen. 15 bis 20 Mrd. Euro wird es kosten, dieses Pflichtjahr einzuführen. Es wird dazu führen, dass den Einsatzstellen unqualifizierte, demotivierte Menschen zugeführt werden, die, ich sage es einmal, im Sinne dessen nicht brauchbar sind, weil die Einsatzstellen Menschen brauchen, die Lust darauf haben, die motiviert sind. Es kann zudem dazu führen, dass diejenigen sagen, die sich eigentlich für ein Ehrenamt einsetzen wollen, mit diesem Pflichtjahr habe ich meinen Dienst an der Gesellschaft geleistet, jetzt mögen andere ran. Aber wir wollen eigentlich ein lebenslanges Engagement und nicht nur für ein Jahr.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Haben Sie noch eine Nachfrage?

Abg. Mandy Eißing (Die Linke): Ich hatte an das BBE noch die zweite Frage gestellt. Welche Rolle



spielt der Schutz von Ehrenamtlichen?

Die **Vorsitzende**: Entschuldigung, bitte sehr.

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Tatsächlich spielt das bei uns eine große Rolle. Wir haben in unserem Netzwerk ganz viele Anzeigen, dass Schutz erforderlich ist, dass wir unbedingt darauf aufmerksam machen müssen, wie die Bedrohungslagen sind. Wir bündeln das, wir sammeln die Anzeigen und wir bearbeiten das in unterschiedlichen Programmen und Projekten. Zum Beispiel im Rahmen des Programms „Menschen stärken Menschen“ sind wir dabei beteiligt, bislang gefördert vom BMFSFJ, ebenso wie auch in der Zusammenarbeit in unserem Netzwerk mit MigrantInnenorganisationen. Das sind Menschen der Einwanderungsgesellschaft, die solchen Bedrohungen unterworfen sind. Zugleich nehmen wir grundsätzlich eine Art von Diffamierung der Zivilgesellschaft im Allgemeinen wahr. Das ist auch ein Thema in unserem Netzwerk. Ich denke, da hat sich auch die Lage zugespielt in den letzten Monaten. Wir versuchen darüber aufzuklären, wie die Lage wirklich ist und den Diskurs anzuregen was dahinter steht und gerade über Sektorengrenzen hinweg in den Diskurs zu gehen. Da sind Sie auch alle sehr herzlich eingeladen, sich zu beteiligen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank!

Abg. **Mandy Eißing** (Die Linke): Ist das mit Ministerin Pries abgestimmt, mit Freiwilligkeit und Pflichtjahr? An die Bundesregierung, bitte.

Dr. Babette Kibele (BKamt): Ich kann nicht für die Ministerin sprechen. Also vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Das BMZ ist leider jetzt hier nicht vertreten. Das müssen wir dann ein andermal machen.

Die **Vorsitzende**: Herr Görke zur Geschäftsordnung.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Genau, weil die Bundesregierung jetzt nichtprechbar ist. Ich habe gerade gesehen, dass die Staatsministerin im Parlament sitzt und ich frage mich allen Ernstes, warum sie nicht hier in der Ausschusssitzung Rede und Antwort steht, oder ein Vertreter der Bundesregierung hier anwesend ist? Deshalb bitte ich Sie als Vorsitzende, unverzüglich meine Nachricht nach unten zu senden, dass wir sie hier erwarten. Vor dem Hintergrund, dass wir auch gleich Haushaltseratungen haben.

Die **Vorsitzende**: Noch einen Antrag zur Geschäftsordnung?

Abg. **Jörn König** (AfD): Ich weise darauf hin, dass die Linkspartei nach Wahlschlüssel Schepers hier in diesem Ausschuss genau einen Sitz hat, dass eben zwei Kollegen dieser Partei gesprochen haben und dass man sich darauf einigen sollte, wer von den beiden heute die Partei Die Linke im Ausschuss für Sport und Ehrenamt vertritt.

Die **Vorsitzende**: Ich kläre zuerst einmal diesen einen Punkt. Die Stellvertreterin wurde für heute ausgetauscht. Das heißt, das ist in Ordnung, dass heute die beiden sprechen. Jetzt geht es aber noch einmal um den Geschäftsordnungsantrag, die Staatsministerin hierher zu zitieren, wenn ich das richtig verstehre. Dann würden wir das jetzt abstimmen, ob wir das so machen wollen.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Frau Vorsitzende, ich weiß um unser Quorum, und ich hatte einfach nur an Sie die Bitte geäußert, ein Signal nach unten zu senden, dass wir sie hier erwarten.

Die **Vorsitzende**: Ich werde das Signal senden. Da wird mir Frau Dr. Kibele helfen. Ich glaube, ich brauche dazu keine weiteren Wortmeldungen. Dann würde ich diesen Punkt an dieser Stelle auch beenden. Wir werden ein Signal senden. Wir kommen jetzt zur zweiten, kürzeren Fragerunde. Es stehen allen Fraktionen nur noch drei Minuten inklusive Antworten, und dieses Mal auch inklusive Antworten der Bundesregierung, zur Verfügung. Die Unionsfraktion würde beginnen. Herr Auernhammer, bitte schön.

Abg. **Artur Auernhammer** (CDU/CSU): Vielen Dank. Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie sitzen hier stellvertretend für die vielen Millionen Ehrenamtlichen in unserem Land, wofür wir auch als Politik täglich dankbar sein können. Dass nicht jede Aktion die Ehrenamtliche machen, bei jeder Partei auf helle Begeisterung stößt, das nenne ich demokratisches Verhalten. Von daher mein großer Dank für Ihre Arbeit und Ihren Einsatz. Mir persönlich geht es so, wenn ich in den Jahreshauptversammlungen der Vereine bin, ob das bei mir im Skiclub oder im Schützenverein ist, und wir ehren Mitglieder für 40jähriges, 50jähriges Engagement im Verein, dann frage ich mich immer, gibt es das noch so in zehn, in 20 oder 30 Jahren? Ich will darauf hinaus, diese Bindung an die Vereine, an ehrenamtliches



Engagement, das bewegt mich. Dass man sich über Jahre hinweg dafür einsetzt, für die gemeinsame Sache, das ist enorm. Eben nicht nur schnell eine Bürgerinitiative begleiten und dann ist man wieder weg aus dem Engagement. Ich weiß jetzt gar nicht, wer da darauf am besten antworten kann. Vielleicht können Sie sich das selbst aussuchen. Danke schön.

Die **Vorsitzende**: Wer möchte? Bitte schön, Frau Peranić.

Katarina Peranić (DSEE): In unserem Eingangsstatement haben wir genau dieses Thema beleuchtet, weil es uns auch umtreibt. Wir wissen aus der Forschung, es gibt eine stetige Abnahme an Menschen, die in ehrenamtlichen Leitungspositionen tätig sind. Aber es gibt eine Zunahme an Menschen, die im Engagement kurzfristig engagiert sind. Das heißt, wir müssen auch in die Organisationen und in die Vereine schauen, was wir verändern können, damit das wieder attraktiv wird. Dafür gibt es unterschiedliche Programme von uns, aber auch von den Kolleginnen und Kollegen hier.

Die **Vorsitzende**: Herr Wenzel, bitte.

Jan Wenzel (BfG): Trotzdem sind Vereine, Stiftungen, gemeinnützige GmbHs immer noch die Strukturen, in denen sich die meisten Menschen engagieren und ich glaube, man darf es auch gar nicht so schematisch denken. Vielleicht geht es tatsächlich verloren, dass man 40 Jahre in demselben Verein unterwegs ist, aber irgendwann innerhalb einer Engagementlaufbahn ist man dann auch in einer gemeinnützigen Organisation tätig. Wir tun viel Gutes daran, eben genau die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass das Engagement attraktiv bleibt, dass man nicht davor zurückschreckt, wenn man auf einer Jahreshauptversammlung gefragt wird, ob man vielleicht ein Vorstandamt übernehmen möchte. Das ist die große Aufgabe.

Die **Vorsitzende**: 17 Sekunden?

Abg. Artur Auernhammer (CDU/CSU): Die nutze ich, um mich noch einmal recht herzlich zu bedanken bei der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Ich habe mich mit der Stiftung näher befasst, weil ich jetzt im Stiftungsrat für den Deutschen Bundestag bin. Ich habe festgestellt, dass man sehr unkompliziert die ein oder andere Maßnahme fördern lassen kann. Das ist es, was wir eigentlich brauchen, weil jeder, der irgendwie

Engagement zeigt, vor der Bürokratie zurück-schreckt. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, dann die AfD-Fraktion. Herr König, bitte schön.

Abg. Jörn König (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Es wurde hier vorhin die Bedrohungslage erwähnt oder thematisiert. Ich weise darauf hin, dass bei uns in Hannover von der Linksjugend Aufkleber verteilt werden, wo unsere Parteivorsitzende mit einem Fadenkreuz abgebildet ist und der Aufforderung „Ziele hier!“. In Göttingen wurde am letzten Wochenende ein Bundestagsabgeordneter angegriffen. Und Die Linkspartei oder die Organisation der Linkspartei sagt ganz offen an, dass Apollo News aus Berlin-Treptow verschwinden muss. Das sind Bedrohungslagen, die komischerweise sonst nicht thematisiert werden. Ich weise nur einmal kurz darauf hin. Jetzt an Sie, alle vier Organisationen, Sie erhalten nicht unerheblich viel Steuergeld, welches fleißigen Bürgern vorher abgenommen wird. Die Vorsitzende und auch Frau Dr. Kibele haben Sie sehr gelobt. Meine Frage ist ganz einfach. Wie kontrollieren Sie eigentlich den Erfolg Ihrer Arbeit? Welche Kriterien legen Sie an? Ganz konkret, wie viele Personen haben Sie mehr ins Ehrenamt gebracht, als es ohne Ihre Arbeit der Fall wäre?

Die **Vorsitzende**: Wer möchte antworten? Herr Wenzel? Bitte schön.

Jan Wenzel (BfG): Ich würde damit anfangen, dass Engagement bei weitem nicht nur staatlich finanziert wird, sondern dass das ein relativ geringer Anteil ist, was die staatliche Finanzierung von Engagement und Ehrenamt ausmacht. Es ist nach Datenlage ein Anteil von etwa elf Prozent. Der Großteil bei der Förderung des Engagements sind tatsächlich die Vereinsmitglieder - durch Spenden, durch Mitgliedsbeiträge und durch Zweckbetriebe. Die reinen Förderungen sind ein viel geringerer Anteil. Das gehört zu den Fakten, die auf den Tisch gelegt werden müssen.

Abg. Jörn König (AfD): Das enthebt Sie doch aber nicht der Verantwortung, für diese elf Prozent Rechenschaft abzulegen.

Die **Vorsitzende**: Herr König. Herr Holze hatte sich noch gemeldet. Bitte schön.

Jan Holze (DSEE): Ergänzend: Die Stiftung erhält



30 Mio. Euro. Das ist nicht wenig, in der Tat. Gegenübergestellt 30 Mio. Ehrenamtliche. Sie können sich vorstellen, wie viele Mittel dann auf einen Ehrenamtlichen entfallen. Bei 615 000 Vereinen in Deutschland können Sie sich denken, wie viel pro Verein am Ende ankommen würde, wenn wir alle unterstützen würden? Unser Ziel ist vor allem, dass wir das Halten der Ehrenamtlichen ermöglichen, ihnen weiterhin Freude bereiten. Insbesondere in der Mikroförderung, wo es um Förderbeträge bis zu 1 500 Euro geht, erfahren wir genau das. Wir können diese kleinen Vorhaben im ländlichsten Raum ermöglichen und damit insbesondere Vorhaben von Leuten, die sonst nicht wissen, wie sie das schaffen sollen. Diese Erfahrungen zu ermöglichen, diese Anerkennung zu vermitteln trägt erheblich dazu bei, dass die Ehrenamtlichen im Ehrenamt bleiben.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Dann kommen wir wieder zur SPD-Fraktion. Das bin ich noch einmal an dieser Stelle diejenige, die jetzt ausdrücklich für die SPD-Fraktion spricht. Ich wundere ich mich nur, Herr König, dass Sie, weil ich vorhin von Amts- und Mandatsträgern gesprochen habe, Ihre Beispiele von Gefährdungen hier gegenüberstellen. Das habe ich nicht getan. Sie haben gesagt, aber über uns redet man nicht. Das fiel mir jetzt auf. Ich würde daher an dieser Stelle gern Herrn Wenzel und Herrn Kemnitzer noch einmal fragen wollen, ob jetzt noch etwas zu dem Thema sagen möchten, weil es vorhin nicht dazu kam. Also nochmal die Frage zur Kultur dieser Angriffe und ob das bei Ihnen noch einmal neue Prozesse ausgelöst hat, wo Sie Handlungsbedarf sehen? Bitte schön.

Tobias Kemnitzer (bagfa): Vielen Dank. Frau Peranić hat es erwähnt. Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt hat SPE, „Schutz und Prävention im Ehrenamt“ ein Projekt angestoßen, wo die bagfa dabei sein konnte. Wir haben uns konkret mit der Fragestellung beschäftigt, inwiefern können Freiwilligenagenturen auch Schutzzräume bieten und haben die Diskussion gestartet, indem wir an drei Orten, sowohl in Brandenburg als auch in Halle und in Mühlheim erste Konzepte ausgearbeitet hat. Sie müssen sich das etwas so vorstellen: Sie sind in einer Beratungssituation. Jemand kommt herein, und das ist eine Person, die vielleicht stören will. Da geht es noch gar nicht darum, dass es zu einem Angriff kommt, aber es gibt einen Bedrohungsgefühl. Es entstehen Fragen,

wie muss ich mich einrichten, welche Kontakte brauche ich zu den Sicherheitsbehörden, wenn es zu Störungen kommt, etwa auch im Bereich öffentlicher Veranstaltungen. Wir sprechen hier noch immer nicht sofort von Attacken, aber wir erleben Polarisierung. Es gibt Menschen gibt, die, warum auch immer, bereit sind, andere Menschen in ihrem Engagement zu stören, sie anzusprechen, sie ein Stück weit zu bedrohen. Es geht darum, die Resilienz der Engagierten zu stärken, indem wir beispielsweise Fortbildungen zu dem Thema anbieten. Es ist eine Frage von Gewaltfreiheit, von Deeskalation. Wie gelingt es, auf störende Menschen einzuwirken bis hin zu der Frage, können wir mit Sicherheitsbehörden vor Ort zusammenarbeiten, wenn es eine Gefährdungslage gibt, weil wir im öffentlichen Raum tätig sind?

Jan Wenzel (BfG): Ich würde vielleicht noch einmal auf der rechtlichen Ebene ergänzen, dass diese Debatte tatsächlich dazu geführt hat, differenzierter darauf zu schauen was sind die Möglichkeiten der politischen Betätigung, die im Rahmen des Gemeinnützigkeitsrechts eingeräumt sind? Welches sind die Rahmen, die tatsächlich außerhalb des Gemeinnützigkeitsrechts stehen? Es gibt Vereine, die sind nicht gemeinnützig. Viele, die sich politisch artikulieren, entscheiden sich gerade auch für die Nichtgemeinnützigkeit. Ich glaube, diese Differenzierung ist enorm wichtig.

Die Vorsitzende: Vielen Dank für den Hinweis. Wir kommen zum Bündnis 90/Die Grünen. Tina Winklmann, bitte.

Abg. Tina Winklmann (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Vorsitzende. Vielen Dank für Ihr Engagement, für Ihren Einsatz. Dafür, dass Sie das bürgerschaftliche Engagement am Leben halten und dadurch uns alle voranbringen. Ich wollte eigentlich eine Frage zur Digitalisierung stellen, aber ich persönlich finde, die Diskussion hier schweift aktuell ein bisschen ab. Wir brauchen Menschen, die sich ins Ehrenamt stellen. Wir brauchen Menschen, die ihre Leistung jeden Tag bringen und nicht fragen, was kriege ich jetzt, was kriege ich dort? Diese Leute müssen wir unterstützen, dass wir sie halten. Es ist auch keine Frage des Alters, von jung bis alt. Die haben wir in den kleinen Organisationen, die haben wir in den großen Organisationen. Einfach einmal ein dickes Merci an dieser Stelle. Ich glaube, diese Anerkennung dürfen wir alle nicht vergessen. Sie haben das Thema



Digitalisierung angesprochen. Das heißt für mich, die ehrenamtliche Arbeit inklusiver gestalten, mehr Menschen einbinden, mehr Menschen mitnehmen. Genau daran arbeiten Sie und daran müssen auch wir politisch arbeiten. Aber es gibt Hürden. Dazu wollte ich eigentlich fragen. Ich weiß aber jetzt nicht, ob die Zeit reicht, daher erstmal diese Frage. Können Sie sagen, was tun Sie für die Digitalisierung? Was brauchen Sie dafür, um mehr Menschen mit einzubinden, inklusiver zu werden?

Die Vorsitzende: Danke dafür. Alle zu fragen schaffen wir nicht, aber bitte.

Katarina Peranić (DSEE): Ich versuche es ganz knapp, es gibt mehrere Ebenen. Wenn wir in die Vereine hineinschauen, um dort Digitalisierung und KI-Entwicklung zu verfolgen, braucht es technologische Ressourcen, aber auch Wissen. Wir als DSEE bieten Qualifizierungen an, wir bieten Förderprogramme an, wo Digitalprojekte umgesetzt werden können. Eines davon heißt 100xDIGITAL. 100 Organisationen pro Jahr, die eine digitale Herausforderung oder KI-Themen haben, werden dabei unterstützt, ein Produkt zu erstellen, um im Engagement besser und stärker voranzukommen. Was das Thema Teilhabe angeht, gibt es in der Zivilgesellschaft viele Organisationen die Qualifizierungen anbieten, Workshops oder Konferenzen. Zum Beispiel „Deutschland sicher im Netz“ (DsiN), ein Projekt, bei dem es darum geht, auch ältere Menschen mitzunehmen. Weil Digitalisierung kein Selbstzweck ist, sondern weil es darum geht, mehr Reichweite zu bekommen, interne bürokratische Prozesse zu minimieren und dadurch genauso wie der Rest der Gesellschaft teilzuhaben und mitzugestalten.

Die Vorsitzende: Frau Dr. Schwalb, bitte.

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Bei uns geht es in eine ähnliche Richtung, nur machen wir das gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen. Wir haben Arbeitsgruppen zu diesem Thema. Das heißt, wir bündeln die Expertise, die in der Zivilgesellschaft vorhanden ist und versuchen diese zu übersetzen und zu teilen. Da geht es viel um Kompetenzen, also um die Frage der Kompetenzstärkung. Da gibt es viel Austausch zu diesen Themen, die auch Katarina Peranić erwähnte. Es geht aber auch, und das ist eine andere Ebene, um die Sprechfähigkeit. Wir müssen uns auch mit der Frage auseinandersetzen, wie wir einen gemeinwohlorientierten

Umgang mit KI finden, wie hier auch die Zivilgesellschaft stärker eingebunden werden kann und Gehör für ihre Bedürfnisse findet. Es ist sehr relevant, dass dieser Diskurs rund um KI nicht ausschließlich von Unternehmen bestimmt wird.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank! Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke, Frau Eißing noch einmal.

Abg. Mandy Eißing (Die Linke): Vielen Dank. Meine Frage geht jetzt an alle Sachverständigen. Sehen Sie die Gefahr, dass Ehrenamt zunehmend als Lückenfüller für fehlende staatliche Leistungen eingesetzt wird? Auch von unserer Seite vielen Dank, dass Sie da waren und uns mit Ihrer Expertise bereichert haben.

Die Vorsitzende: Herr Wenzel.

Jan Wenzel (BfG): Ich denke, es gibt einfach Aufgaben, die sind staatlicherseits zu erledigen. Und es gibt Aufgaben, die kann Zivilgesellschaft mit erledigen im Sinne von Subsidiarität. Ich glaube, wir haben in bestimmten Segmenten dieses Subsidiaritätsprinzip ganz gut etabliert. Ich sehe eher die Gefahr, dass generell Themen entfinanziert werden, an denen eigentlich ein gemeinsames Interesse von Staat und Zivilgesellschaft besteht. Das ist eher die Problematik. Das Engagement ist eben nicht nice to have, sondern für seine Förderung besteht eine Notwendigkeit, weil bestimmte Aktivitäten eben nicht von alleine passieren. In dieser Entfinanzierung liegt die größere Gefährdung.

Die Vorsitzende: Frau Dr. Schwalb.

Dr. Lilian Schwalb (BBE): Tatsächlich sehe ich diese Problematik des Lückenföllers zivilgesellschaftlicher Leistungen für staatlichen Ausfall an manchen Ecken und Enden. Wenn wir zum Beispiel mit Expertinnen an unserer Seite in den strukturschwachen ländlichen Raum blicken, da arbeiten wir intensiv daran, wie können basale Leistungen aufrechterhalten werden? Als Beispiele nenne ich das Programm „Engagiertes Land“ oder auch im Kontext „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ - in beides geht viel Engagement hinein. Ebenso im Bildungsbereich, hier ist lokale Bildungslandschaft das Stichwort. Da besteht sehr hoher Bedarf und wirklich Notwendigkeit, aber was eigentlich staatlich geleistet werden müsste, übernimmt das Engagement. Mein Plädoyer ist,



lassen Sie uns auf die Stärkung der Kommunen achten, auch wenn Engagementpolitik Ländersache ist. Hier müssen Ausgleiche geschaffen werden und Engagement muss hier seinen Stellenwert haben.

Die Vorsitzende: Herr Holze würde gern noch ergänzen.

Jan Holze (DSEE): Letztlich sind wir alle ein Teil des Staates. Das wurde in diesem Saal schon deutlich, als die Abgeordneten sagten, dass sie einerseits hier als Abgeordnete sitzen, aber andererseits selbst in verschiedenen Vereinen tätig sind. Ich mache mir vor allem Sorgen, dass die Ehrenamtlichen zunehmend ausbrennen bei den verschiedenen Aufgaben, die sie sich selbst vornehmen. Wir müssen sie davor schützen, genau in dieses Burnout hineinzugeraten. Selbst mit den Angeboten, die die Stiftung entsprechend auf den Weg bringt, mit Qualifizierung, mit Beratung und Hilfe, um sie davor zu schützen, sehe ich diese Gefahr. Ob das Ganze am Ende wirksam ist, zeigt die Evaluierung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, die der Bundesregierung derzeit vorliegt, die demnächst im Plenum verhandelt wird. Darin geht es um die Leistungen der Stiftung der vergangenen fünf Jahre. Insofern hoffe ich, dass Sie dann auch ein positives Bild mitnehmen.

Die Vorsitzende: Damit schließe ich diesen TOP und möchte Ihnen ganz herzlich danken, dass Sie das alles so konzentriert vorgetragen haben. Es sind alle wichtigen Stichworte gefallen. Weiteres muss jetzt zuerst einmal erarbeitet werden. Sie haben gesehen, dass Ihnen überwiegend sehr große Dankbarkeit und Wohlwollen entgegenkommt und dass wir gern im Austausch mit Ihnen bleiben wollen. Der Vierte Engagementbericht wird auch demnächst hier debattiert werden, wann genau ist aktuell noch offen. Also herzlichen Dank noch einmal, dass Sie heute hier waren. Wir machen weiter und kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 2.

Tagesordnungspunkt 2

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 – HG 2026)

BT-Drucksache 21/600

Gutachtliche Stellungnahme zum Haushaltsentwurf

Die Vorsitzende: Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026. Da geht es um die Bundestagsdrucksache 21/600. Hierzu wurde die Übersicht Bundesmittel der unmittelbaren oder mittelbaren Förderung des Sports in den Haushaltssjahren 2021 bis 2026 als Ausschussdrucksache 21(5)20neu verteilt.

a) Abschluss Epl. 04 (Bundeskanzleramt)

Die Vorsitzende: Wir beginnen mit Abschluss Epl. 04 das Bundeskanzleramt. Hierzu wurde das Schwerpunktepapier als Ausschussdrucksache 21(5)27 verteilt. Die Anberatung dieses Einzelplans, der unser Kernsporthaushalt ist, haben wir in der Sondersitzung am 25.09.2021 durchgeführt. Herr Görke, noch einmal zur Geschäftsordnung?

Abg. Christian Görke (Die Linke): Ich wollte Sie jetzt nicht unterbrechen in Ihren einführenden Bemerkungen. Ich wollte mich nur bemerkbar machen, dass ich nach wie vor die Staatsministerin hier in unserer Ausschusssitzung bei der Haushaltberatung vermisste.

Die Vorsitzende: Wir haben ihr eine Nachricht zukommen lassen. Insofern ist es nicht notwendig, dass Sie das nach jedem dritten Satz von mir jetzt wiederholen.

Abg. Christian Görke (Die Linke): Okay, für heute nicht mehr.

Die Vorsitzende: Okay, für heute nicht mehr. Das merke ich mir. Die Staatsministerin hat Sitzungsdienst im Plenum. Wir haben ihr mitgeteilt, dass wir sie vermissen. Das Schwerpunktepapier als Ausschussdrucksache 21(5)27 wurde verteilt. Die Anberatung dieses Einzelplans, der unser Kernsporthaushalt ist, haben wir in der Sondersitzung



am 25.09.2025 vorgenommen. Heute werden die dazu eingereichten Änderungsanträge vorgestellt und abgestimmt. Nach einer Obleutevereinbarung sind heute keine Fragerunden mehr vorgesehen. Das heißt, wir haben schon noch Fragerunden, aber dazu komme ich gleich. Zum Epl. 04 liegen 17 Änderungsanträge der AfD-Fraktion auf den Ausschussdrucksachen 21(5)40 bis 21(5)56, zwei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf den Ausschussdrucksachen 21(5)38 und 21(5)39 sowie vier Änderungsanträge der Fraktion Die Linke auf den Ausschussdrucksachen 21(5)28 bis 21(5)31 vor. Die Obleute haben sich darauf geeinigt, auf eine Einführung durch die Bundesregierung zu verzichten, wie bereits in der letzten Sitzung. Für die Vorstellung der Änderungsanträge und Statements stehen den Fraktionen, nach einer Verabredung der Obleute, Zeitkontingente zur Verfügung. Zunächst erhalten, das ist jetzt das einzige Komplizierte an der Sache, die antragstellenden Fraktionen jeweils zwei Minuten zur Vorstellung aller Anträge, also nicht pro Antrag. Danach erhalten die Fraktionen, die keine Änderungsanträge gestellt haben, drei Minuten, um jeweils darauf einzugehen. Zum Abschluss erhalten wiederum die antragstellenden Fraktionen erneut jeweils zwei Minuten zur Replik, wenn denn gewünscht. Zuerst einmal fangen wir an bei der antragstellenden Fraktion der AfD. Wer übernimmt das? Herr Schieske? Bitte schön.

Abg. Lars Schieske (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Da würde ich einfach einen oder zwei Anträge im Speziellen vorstellen. Wir haben 17 Änderungsanträge eingebracht, und ich würde auf den 21(5)51 eingehen wollen. Wir wollen das Sportstättenanierungsprogramm beschleunigen, und wir wollen vier Mrd. Euro bereitstellen über zehn Jahre, sodass wir auf Investitionen von 40 Mrd. kommen. Das ist genau der Sanierungsstau, der letztendlich in den Sportstätten bemängelt wird. Dazu dieser Änderungsantrag. Den weiteren Änderungsantrag 21(5)52 möchte ich auch noch vorstellen. Es geht es um eine Einrichtung eines Aufbaufonds in Höhe von 10,9 Mio. Euro, der für die Gründung eines bundesweiten Zweckverbandes für Brandbekämpfung aus der Luft aufgelegt werden soll. In der Begründung werden Sie es gelesen haben. Wir haben immer mehr Bundesländer, wo eine massive Waldbrandbekämpfung notwendig wird. Im Speziellen dort, wo Monokulturen angebaut sind und wo noch Militärfächen vorhanden

sind. Da unsere ehrenamtlichen Kameraden nicht in diese Militärfächen hineinkönnen, ist eine Lösung aus der Luft unerlässlich. Dafür dieser Fonds.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Kommen wir zu Bündnis 90/Die Grünen, Tina Winkelmann, bitte schön.

Abg. Tina Winkelmann (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Vorsitzende. Wir hätten noch vieles, was wir ändern, wo wir aufstocken müssen, wo wir daran arbeiten wollen. Zwei Punkte haben jetzt für diese Sitzung aufgegriffen. Einmal die Erhöhung der Mittel des Programms für Extremismus. Mit unserem Änderungsantrag wollen wir das Bundesprogramm gegen Extremismus und Antisemitismus im Sport um 500 000 Euro aufstocken. Warum wollen wir das? Die Bundesregierung hat diesen Programmnamen geändert und damit den Fokus noch einmal viel breiter gemacht. Aber es fehlt der Mittelaufwuchs dazu. Das Programm ist jetzt schon überzeichnet. Wir brauchen hier definitiv mehr Geld, um gute Projekte zu machen gegen Antisemitismus und gegen Rechtsextremismus. Deswegen möchten wir bei diesem guten, bewährten Programm, das es seit 2023 gibt, die Mittelerhöhung um 500 000 Euro. Zweitens wollen wir eine Erhöhung der Mittel für den Entwicklungsplan Sport. Mit dem Änderungsantrag wollen wir auch den Entwicklungsplan Sport um 500 000 Euro aufstocken. Sie merken, wir rechnen durch, was ist gegenfinanzierbar? Der Entwicklungsplan soll gemeinsam mit den Verbänden, der Wissenschaft und den Ländern zeigen, wie Sport und Bewegung flächendeckend gestärkt werden können. Durch die vorläufige Haushaltsführung im Jahr 2025 ist dieser Prozess allerdings deutlich ins Stocken geraten. Damit die begonnene Arbeit wieder richtig Fahrt aufnehmen kann und alle Themenbereiche, von der Sportstättenentwicklung bis zur Teilhabe, weitergeführt werden können, brauchen wir hier definitiv noch einmal die zusätzlichen Mittel von 500 000 Euro. Ich würde sagen, zweimal 500 000 Euro, das sollte für die Koalition kein Problem sein, den Änderungsantrag mitzugehen. Danke schön.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Die Fraktion Die Linke, Herr Görke, bitte.

Abg. Christian Görke (Die Linke): Vielen Dank. Die Koalition hat die Sportmilliarde bereits als reali-



siert betrachtet und als Erfolg kommuniziert. Ich habe gestern eine Antwort aus dem Finanzministerium erhalten, dass lediglich für 2025 fünf Mio. Euro Barmittel und bis 2028 Verpflichtungsermächtigungen von 328 000 Euro eingestellt wurden. Wir sind also weit entfernt von der Milliarde. Dementsprechend bringen wir heute als Serviceopposition den Änderungsantrag ein, der die Mittel für den Sport im Bundeshaushalt 2026 tatsächlich auf diese eine Milliarde aufstockt. Der Antrag orientiert sich auch an der Forderung des DOSB-Präsidiums. Er soll die dauerhafte jährliche Sportmilliarde als Startschuss hier abbilden. Ein zweiter Punkt, der für uns wichtig ist, ist die dramatische Unterfinanzierung unseres Leistungssports. Mit einem weiteren Antrag adressieren wir diese. Konkret geht es um zusätzliches Leistungssportpersonal, Athletenförderung und Unterstützung der Athleten, die für Deutschland antreten. Diese Forderungen basieren nicht auf irgendwelchen politischen Wünschen, die ich habe, sondern auf konkreten, unmittelbaren Bedarfen, die uns die Stiftung Deutsche Sporthilfe und auch der organisierte Sport übermittelt haben. Sie haben diese Post auch bekommen. Der letzte Antrag, auf den ich eingehen möchte, betrifft PotAS. Wir erwarten eine wissenschaftliche Analyse dieses Systems. Deutschland ist weltweit das einzige Land, das ein derart komplexes, algorithmusgestütztes System für die Spitzensportförderung nutzt, während alle erfolgreichen Sportnationen andere, sichere und möglicherweise auch erfolgreichere Bewertungsmethoden haben. Das System wurde in der Praxis mehrfach in Frage gestellt. Beispiele: Basketball wurde Weltmeister 2023 trotz niedrigster PotAS-Bewertung, Leichtathletik blieb dagegen schwächer, trotz einiger kleiner Lichtblicke in Tokio, bei der höchsten Bewertung. Die 3x3 Basketballer gewannen Olympiagold trotz schlechterer Bewertung. Eine externe Validierung hinsichtlich der Rentabilität ist ausgeblieben. Deshalb erwarten wir, dass man sich mit diesem Thema auseinandersetzt.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Jetzt könnte die Unionsfraktion, wenn sie denn möchte, auf die Änderungsanträge eingehen. Ist das gewünscht? Stephan Mayer, bitte!

Abg. **Stephan Mayer** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt nicht im Detail auf jeden Änderungsantrag eingehen. Nur vom

Grundsatz her: Wir werden im Jahr 2026 einen Rekordsporthaushalt haben. Das steht heute schon fest. Wir sind noch mitten in den parlamentarischen Beratungen. Wir schließen zwar heute hier im Ausschuss für Sport und Ehrenamt die Beratungen über den Etat des Kanzleramtes Einzelplan 04 ab. Aber entscheidend sind natürlich, das wissen alle Kundigen, die Beratungen im Haushaltsausschuss. Da bin ich sehr optimistisch, dass es an der einen oder anderen Stelle noch Verbesserungen geben wird. Ein paar Themen habe ich in der letzten Sitzung schon angesprochen, insbesondere auch das Thema Realisierung der Traineroffensive, die aus meiner Sicht unabdingbar eine bessere Dotierung dieses Einzeltitels erfordert. Dass die Opposition die Regierung kritisiert und uns nicht lobt, das gehört dazu. Ich warne nur davor, immer so zu tun, als ob hier Raubbau am Spitzensport betrieben würde oder eine notorische Unterfinanzierung des Leistungssports in Deutschland vorläge. Das trifft nicht zu. Ich war vor einigen Wochen in London und habe mir das bei UK Sport mal angesehen. Die investieren auch nicht mehr in den Leistungssport als wir in Deutschland. Sie investieren etwas anders in den Leistungssport, was die Konzentration anbelangt, aber das ist ein anderes Thema. Ich nenne als Stichwort die Anzahl der Kaderathleten oder auch der geförderten Sportarten. Aber so zu tun, als ob die Bundesregierung, und das nehme ich auch für die Vorgänger-Bundesregierungen, auch für die letzte in Anspruch, als ob jetzt der Bund den Spitzensport in Deutschland sträflich vernachlässigen würde, das trifft einfach nicht zu. Die Regierungskoalition stellt keine Änderungsanträge hier im Sportausschuss, weil der entscheidende Ausschuss, insbesondere was Veränderungen anbelangt, der Haushaltsausschuss ist, auch wenn der eine oder andere sich vielleicht daran stört. So nach dem Motto, halten die SPD und die CDU/CSU es nicht für nötig, den einen oder anderen Posten noch zu verändern, wenn sie dies inhaltlich auch einfordern. Dies wird andernorts geschehen. Deswegen möchte ich für unsere Fraktion sagen, dass wir den Änderungsanträgen der Opposition nicht zustimmen und sie ablehnen werden.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die SPD-Fraktion Bettina Lugk, bitte.

Abg. **Bettina Lugk** (SPD): Ich schließe mich den Worten meines Vorredners an und ergänze noch



einmal mit Blick auf zwei Aspekte. Zum einen, bei PotAS muss ich jetzt widersprechen. Bei aller Sympathie für viele Forderungen, die Sie haben, aber da habe ich eine andere Sicht der Dinge. Unsere Basketballmännermannschaft wurde bereits 2021 bei PotAS mit 100 Prozent Medaillenpotenzial gelistet. Insofern habe ich da eine andere Lesart der Behauptung, als die Sie hier vorgetragen haben. Genauso wurde PotAS 2020 bereits extern evaluiert. Der entscheidende Punkt bei der Vergleichbarkeit international ist, dass zum Beispiel auch Frankreich, Österreich und die USA auf Systeme und Analysesysteme zurückgreifen, die wir auch nutzen. Im Falle Österreichs ist es auch die Datenbank Gracenote. Insofern kann ich nicht erkennen, wie diese Behauptung, die Sie hier aufgestellt haben, haltbar ist. Das war der eine Punkt. Mein zweiter Punkt richtet sich an die Anträge, die die AfD gestellt haben. Die geforderte Kürzung der Mittel bei der Stiftung Mitarbeit und bei der DSEE kann ich politisch überhaupt nicht nachvollziehen, gerade nicht nach dem, was wir heute hier gehört haben. Die Ablehnung des Zentrums Safe Sport irritiert mich, weil wir als Ausschuss immer das klare Bekenntnis für einen gewaltfreien Sport hatten, und wir sehen hier Handlungsbedarf. Die aktuellen Recherchen von Correctiv zeigen, dass wir da sogar mehr tun müssen als das, was in der Vergangenheit bereits auf den Weg gebracht wurde. Letzten Endes ist es so: Wenn ich Copy-and-Paste-Anträge einbringe, sollte ich schon schauen, dass der Änderungsantrag zum Text passt. Das fällt dann, glaube ich, ein bisschen in die Kategorie Unterhaltung, statt in die einer politisch handwerklich guten Arbeit. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Jetzt hätten die antragstellenden Fraktionen, wenn sie denn mögen, noch einmal die Chance, etwas zu sagen. Herr König für die AfD.

Abg. **Jörn König** (AfD): Wir haben uns die Änderungsanträge auch angesehen, und wir werden zum Beispiel bei einem von der Fraktion Die Linken zustimmen. Ich möchte nur auf Herrn Mayer eingehen. Die Ergebnisse sprechen eigentlich Bände. Es liegt sicherlich nicht am Geld. Es liegt vielleicht auch nicht am Bund. Sie haben selbst gesagt, die in UK investieren nicht mehr als wir. Wir waren alle zusammen in Japan. Auch da war das Fazit mehr oder weniger, die Japaner machen aus weniger Geld mehr Medaillen als wir. Aber ehrlich gesagt, Sie, CDU und SPD, Sie regieren seit

ungefähr 30, 40, 50 Jahren dieses Land und sie haben keinerlei Konsequenzen daraus gezogen. Es geht jedes Mal so weiter, dass wir als Opposition versuchen, die Situation unter anderem mit Aufwuchs beim Geld zu korrigieren. Ich finde, das ist ein lobenswerter Ansatz und den sollte man unterstützen. Wir werden schauen, ob das, was Sie zugesagt haben, wirklich zutrifft. Wir werden abwarten, ob da wirklich noch erhebliche Verbesserungen geben wird, und wir werden Sie daran messen.

Die **Vorsitzende**: Für Bündnis 90/Die Grünen, Frau Winklmann.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Vorsitzende. Wir freuen uns, dass die Mittel gut konsequent für den Sport eingesetzt werden, und freuen uns auf die Zusammenarbeit unter den HaushälterInnen, um hier das Beste und das Beste rauszuholen, in der Breite und in der Spur für dieses Sportdeutschland. Und ich stimme Herrn Mayer zu, wir sollten doch bitte aufhören, unser Land, unsere Sportlerinnen und Sportler schlecht zu reden. Wir sind stark, unsere Sportler sind stark, die Sportnation ist stark. Wir müssen nur nachsteuern.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für Die Linke, Herr Görke.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Ich möchte nur noch einmal auf die Kollegin Lugk eingehen. PotAS, Sie werden sicherlich auch Mails von Herrn Prof. Granacher bekommen haben, der unseren letzten Antrag sicherlich zur Kenntnis genommen hat. Ich möchte mich jetzt nicht mit Ihnen streiten. Ich möchte einfach den Beleg dafür, dass es eine externe wissenschaftliche Analyse gegeben hat, und die würde ich mir gerne anschauen. Dann würde ich meine Kritik sofort zurücknehmen. Damit ist alles gesagt.

Nicht rekonstruierbarer Zwischenruf Abg. Bettina Lugk (SPD)

Die **Vorsitzende**: Das Wort hat Herr Görke.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Damit habe ich schon alles gesagt.

Die **Vorsitzende**: Wunderbar. Dann schließen wir an dieser Stelle die Beratung des Einzelplans 04 ab und kommen zu den Abstimmungen über die insgesamt 23 Änderungsanträge. Ich bitte um Konzentration. Die antragstellenden Fraktionen



wünschen Einzelabstimmung. Deshalb beginnen wir jetzt mit den 17 Anträgen der AfD-Fraktion. Eine Sache ist mir noch aufgefallen. Sie schreiben immer der Sportausschuss. Formal ist das natürlich nicht richtig, das muss ich hier wiederholen. Es ist jetzt der Ausschuss für Sport und Ehrenamt. Das wird vermutlich keine Konsequenzen haben, aber ich sage es Ihnen hier ordnungshalber. Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)40 auf. Hier geht es um Mittel für Athleten mit Behinderung im Spitzensport. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind Grüne, Linke, Union und SPD-Fraktion. Enthaltungen sehe ich keine. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)40 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die **Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag Ausschussdrucksache 21(5)41 auf. Hier geht es um die Projektförderung für Sportheinrichtungen. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind wieder alle Fraktionen wie vorhin. Gibt es Enthaltungen? Keine. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)41 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die **Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)42 auf. Hier geht es um Mittel für periodisch wiederkehrende Sportveranstaltungen. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das ist die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, Union und SPD. Gibt es Enthaltungen? Keine. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)42 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die **Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)43 auf. Hier geht es um Mittel für das Bundesinstitut für Sportwissenschaften. Wer stimmt dafür? Das ist

die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind wieder Grüne, Linke, Union und SPD-Fraktion. Enthaltungen sehe ich keine. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)43 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die **Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)44 auf. Hier geht es um Mittel für das Zentrum Safe Sport. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Enthaltungen sehe ich keine. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)44 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die **Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)45 auf. Hier geht es um Mittel für zentrale Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports. Wer stimmt dafür? Ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Gibt es Enthaltungen? Die gibt es nicht. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)45 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die **Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)46 auf. Hier geht es um Mittel für die WADA. Wer stimmt? Dafür ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Gibt es Enthaltungen? Keine. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)46 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die **Vorsitzende**: Dann rufe ich die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)47 auf. Hier geht es um Mittel für einen Liquiditätsfonds für Reisekosten. Wer stimmt



dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Union, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke. Wer enthält sich? Das ist niemand. Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)47 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die Vorsitzende: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)48 auf. Hier geht es um die Überführung der Mittel für das Bundesprogramm gegen Extremismus und Antisemitismus im Sport in eine andere Titelgruppe. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Es ist die Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Enthaltungen keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)48 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die Vorsitzende: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)49 auf. Hier geht es um die Mittel für einen Sonderfonds für Mütter im Leistungssport. Wer stimmt dafür? Ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Enthaltungen? Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)49 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die Vorsitzende: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)50 auf. Hier geht es um die Sportagentur. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Enthaltungen? Keine. Der Ausschuss hat den Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)50 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die Vorsitzende: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)51 auf. Hier geht es um ein Sportstättensanierungs-

programm. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Enthaltungen keine. Der Ausschuss hat diesen Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)51 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die Vorsitzende: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)52 auf. Hier geht es um einen Aufbaufonds zur Brandbekämpfung aus der Luft. Wer stimmt dafür? Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Enthaltungen keine. Der Ausschuss hat diesen Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)52 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die Vorsitzende: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)53 auf. Hier geht es um die Änderung des Namens eines Haushaltstitels. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer enthält sich? Niemand. Der Ausschuss hat den Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)53 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die Vorsitzende: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)54 auf. Hier geht es um Mittel für die Forschung im Zusammenhang mit Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Union, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke. Enthaltungen keine. Der Ausschuss hat den Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)54 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die Vorsitzende: Und ich rufe die Abstimmung



über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)55 auf. Hier geht es um den Zuschuss an die Stiftung Mitarbeit. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Enthaltungen keine. Der Ausschuss hat diesen Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)55 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die **Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)56 auf, wobei hier jetzt tatsächlich ein Problem ist. Es wird nicht klar, worüber wir abstimmen sollen, denn der Titel 685 zwölf betrifft nicht den thematisierten Bereich Forschung und Untersuchung und Ähnliches. Und weder der Titel noch die Bezeichnung passen zur Begründung des Antrags, in der es um die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt geht. Jetzt ist die Frage, ob die AfD da eine Klärung herbeiführen kann.

Abg. **Jörn König** (AfD): Ja, es geht um die um zehn Mio. Euro für die...

Die **Vorsitzende**: Wir brauchen jetzt keine inhaltliche Begründung, sondern wir sind gerade in der Abstimmung. Ihr Titel und die Nummer passen nicht zusammen.

Abg. **Jörn König** (AfD): Ja, Frau Vorsitzende, das ist ein redaktioneller Fehler unsererseits.

Die **Vorsitzende**: Können Sie den jetzt korrigieren? Wir hätten jetzt die Möglichkeit, wenn Sie uns sagen, in welchen Titel das sollte.

Abg. **Jörn König** (AfD): Da müssen wir in die Übersicht schauen. Nein, die Titelgruppe habe ich nicht.

Die **Vorsitzende**: Herr König, geht es Ihnen um die Stiftung an dieser Stelle?

Abg. **Jörn König** (AfD): Es geht uns um die Stiftung.

Die **Vorsitzende**: Dann würden wir herausgesucht haben, dass es um die 685 13 geht, ja?

Abg. **Jörn König** (AfD): Frau Vorsitzende, bitte entschuldigen Sie den Fehler, aber es war halt zwischen 12 und 13. So weit ist der Unterschied nicht.

Die **Vorsitzende**: Das macht schon einen Unterschied, in welchem Titel man etwas kürzen oder dazu packen möchte. Also wir haben jetzt einen Änderungsantrag für den Titel 685 13. Wer stimmt dafür? Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind Union, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke. Enthaltungen sehe ich keine. Der Ausschuss hat beschlossen, diesen Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)56 mit den Stimmen aller anderen Fraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion.

Die **Vorsitzende**: Jetzt kommen wir zu den zwei Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)38 auf. Hier geht es um Mittel für das Bundesprogramm gegen Extremismus und Antisemitismus im Sport. Wer stimmt dafür? Das ist Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke. Wer stimmt dagegen? Das sind Union, AfD und SPD. Enthaltungen sehe ich keine. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)38 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Die **Vorsitzende**: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)39 auf. Hier geht es um Mittel für den Entwicklungsplan Sport. Wer stimmt dafür? Das sind Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer stimmt dagegen? Das ist die Unionsfraktion, SPD und AfD. Gibt es Enthaltungen? Das sehe ich nicht. Der Ausschuss hat diesen Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)38 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Die **Vorsitzende**: Damit kommen wir zu vier Änderungsanträgen der Fraktion Die Linke zum Einzelplan 04. Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)28 auf. Hier geht es um Mittel für die Sportmilliarde. Wer stimmt dafür? Das ist Die Linke. Wer stimmt



dagegen? Das sind Union, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? Das ist die AfD-Fraktion. Der Ausschuss hat somit beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)28 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion der AfD.

Die Vorsitzende: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)29 auf. Hier geht es um die zentralen Maßnahmen auf dem Gebiet des Sports. Wer stimmt dafür? Das ist die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? Das sind Union, AfD, SPD. Und wer enthält sich? Bündnis 90/Die Grünen. Der Ausschuss hat beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)29 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die Vorsitzende: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)30 auf. Hier geht es um PotAS. Wer stimmt dafür? Das ist die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? Das sind Union, AfD, SPD. Wer enthält sich? Die Grünen wissen es noch nicht. Wo sollen wir euch jetzt einordnen? Bei Enthaltung? Nein, Ablehnung. Die Grünen lehnen auch ab. Damit hat der Ausschuss beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)30 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD, SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke.

Die Vorsitzende: Ich rufe die Abstimmung über den Änderungsantrag auf Ausschussdrucksache 21(5)31 auf. Hier geht es um die Maßnahmen für Athletinnen und Athleten mit Behinderungen im Spitzensport. Wer stimmt dafür? Das sind die Fraktion Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind die Union und die SPD-Fraktion. Enthaltungen? Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)31 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die

Stimmen der Oppositionsfaktionen.

Die Vorsitzende: Wir schließen nun die Beratung ab und kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 04. Wer stimmt dafür? Das sind die Union und die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Damit hat der Ausschuss für Sport und Ehrenamt dem Entwurf mehrheitlich zugestimmt.

Der Ausschuss beschließt Annahme des Einzelplans 04 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfaktionen.

Die Vorsitzende: Ich schließe TOP 2a) und rufe nun TOP 2b) auf.

b) Abschluss Epl. 06 (Bundesministerium des Innern)

Die Vorsitzende: Das ist der Einzelplan 06, das Bundesministerium des Innern. In diesem Einzelplan finden sich im Regierungsentwurf 2026 Mittel für die Bundespolizei und das Programm Integration durch Sport, so dass wir diesen Einzelplan auch noch kurz beraten. Als Ressortvertreter stehen uns die Mitarbeiter der Sportabteilung des BMI zur Verfügung. Die Obleute haben sich verständigt, auf eine Einführung durch das Ministerium zu verzichten. Für Statements, Fragen an die Bundesregierung inklusive Antworten stehen jetzt noch einmal drei Minuten je Fraktion zur Verfügung. Gibt es Wortmeldungen? Bei der Union? Stephan Mayer, bitte schön.

Abg. Stephan Mayer (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Nur aus aktuellem Anlass: Ich war gestern bei der Sportlerehrung in Kienbaum, also bei dem Olympischen und Paralympischen Trainingszentrum und insbesondere bei der Bundespolizei-Sportschule. Da steht noch ein Neubau zur Disposition. Die Machbarkeitsstudie ist erfolgt. Auch das Bundesfinanzministerium hat seinen Haken daran gemacht. Meine Frage an Herrn Rathmann wäre jetzt, aufgrund dieses persönlichen Erlebens gestern, ob denn die notwendigen Mittel für diesen Neubau in dem aus meiner Sicht wirklich herausragendem Trainingszentrum entsprechend zur Verfügung stehen.

Die Vorsitzende: Legen Sie einfach los.

Jürgen Rathmann (BMI): Genau diese Frage kann



ich im Moment nicht beantworten, weil noch nicht geklärt ist, was der Bundespolizei insgesamt an Mitteln zur Verfügung steht. Ich gehe zwar davon aus, kann es aber nicht abschließend beantworten.

Die Vorsitzende: Ja, das ist natürlich misslich. Gibt es noch Nachfragen von der Unionsfraktion? Gibt es Fragen von der AfD-Fraktion? Sehe ich nicht. Gibt es Fragen bei der SPD-Fraktion? Bitte schön, Frau Lugk.

Abg. **Bettina Lugk** (SPD): Vielen Dank. Nur eine kurze Nachfrage zu der leichten Kürzung von 1,7 Prozent bei der Förderung der Bundespolizei. Hat das etwas mit antizyklischen Beschaffungen zu tun? Können Sie uns einfach ein, zwei Sätze dazu sagen?

Die Vorsitzende: Herr Rathmann, bitte.

Jürgen Rathmann (BMI): Können Sie die Frage noch einmal kurz wiederholen? Das ist hier akustisch nicht angekommen.

Abg. **Bettina Lugk** (SPD): Wir haben eine leichte Kürzung bei der Sportförderung der Bundespolizei um 1,7 Prozent. Womit hängt das zusammen?

Jürgen Rathmann (BMI): Hinter diesem leichten Abfallen der Zahlen steht keine substanzelle Kürzung, sondern es werden immer die Aufwendungen zusammengezählt, die man für das jeweilige Jahr für die Sportförderung insgesamt geplant hat. Da kann es sein, dass die eine oder andere Beschaffung, die im Vorjahr gelaufen ist, im Folgejahr nicht erforderlich ist, und dass es dadurch zu kleinen Absenkungen im Finanzplan kommt. Da ist aber keine substanzelle Kürzung dahinter, sondern ein gleichbleibendes hohes Niveau.

Die Vorsitzende: Dann gehen wir zu Bündnis 90/Die Grünen. Tina Winklmann, bitte.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Danke schön, Frau Vorsitzende! Eine kurze Frage, und zwar zum Thema Kompetenzvakuum. Welche Maßnahmen plant das BMI, um die Schnittstellen zwischen der Sportförderung der Bundespolizei und der übergeordneten Sportpolitik, die ja jetzt im Kanzleramt liegt, zu koordinieren, damit wir keine Doppelstrukturen bekommen und keine Kompetenzüberschneidungen. Wie geht das BMI hier vor? Welche Maßnahmen treffen Sie?

Die Vorsitzende: Herr Rathmann, bitte.

Jürgen Rathmann (BMI): Da muss man ständig im Gespräch bleiben mit dem Kanzleramt und die Maßnahmen abgleichen und aufeinander abstimmen. Es gibt keine feste konzeptionelle Planung, was die Abgrenzung angeht. Ob das Kanzleramt vielleicht dazu noch etwas sagen möchte?

Die Vorsitzende: Ja, das machen wir. Danke schön. Frau Kibebe, bitte.

Dr. Babette Kibebe (BK): Die Sportförderung für die Bundeswehr bleibt im BMI. Zu übergeordneten sportpolitischen Themen stimmen wir uns ab, aber alles, was die Bundespolizei betrifft, bleibt im BMI. Da haben wir keine Kompetenz. Es ist genauso, was die Sportförderstellen bei der Bundeswehr betrifft. Die bleiben bei der Bundeswehr, und der Zoll bleibt komplett im BMF. Das bleibt alles in den Ressorts, da geht nicht zu uns über. Da sehe ich eine klare Verteilung.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Die Linke, Herr Görke.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Die Bundespolizei wird ja nicht nur monetär, sondern auch personell im Haushalt 2026 mit der Einstellung von über 1 000 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten verstärkt. Deshalb frage ich den Vertreter des Bundesinnenministeriums, ob daran gedacht ist, auch gezielt die Anzahl der bisher zugesagten Plätze für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler bei der Bundespolizei zu erhöhen. Vielleicht können Sie dazu Aussagen treffen. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Herr Rathmann, bitte.

Jürgen Rathmann (BMI): Eine Erhöhung der Zahl der Spitzensportförderplätze ist bisher nicht vorgesehen. Die 1 000 Stellen sind rein sicherheitsbezogen. Die Zahl der Sportförderplätze bleibt unverändert.

Die Vorsitzende: Gibt es noch Nachfragen?

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Nur zum Verständnis, die Antwort kann auch schriftlich nachgeliefert werden. Gibt es noch auslaufende Verpflichtungsermächtigungen oder Restzahlungen von sportbezogenen Projekten in Ihrem Haushalt? Das war jetzt für uns sehr schwer nachzuvollziehen.

Die Vorsitzende: Herr Rathmann? Wir wiederholen die Frage gern. Herr Görke, bitte.



Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Das mache ich gern noch einmal. Gibt es noch auslaufende Verpflichtungsermächtigungen oder Restzahlung von sportbezogenen Projekten in Ihrem Haushalt? Weil wir eigentlich davon ausgehen, dass jetzt der nahtlose Übergang der Mittel in das Bundeskanzleramt erfolgt ist.

Jürgen Rathmann (BMI): Da gilt das eben vom Kanzleramt Gesagte. Die Sportförderung der Bundespolizei war, ist und bleibt gesondert beim BMI. Da ist nichts davon hinübergegangen ins Kanzleramt.

Die **Vorsitzende**: Das Kanzleramt kann noch ergänzen, Herr Görke.

Dr. Babette Kibele (BK): Wir nehmen alles mit aus dem Sport, was nicht die Bundespolizei betrifft. Alle Sonstigen, einschließlich Verpflichtungsermächtigungen, geht vom BMI in den Sporthaushalt des Bundeskanzleramtes. Alles, was Bundespolizei betrifft, bleibt komplett im BMI.

Die **Vorsitzende**: Dann können wir an dieser Stelle die kurze Beratung abschließen und zur Abstimmung über den Einzelplan 06 kommen. Da gibt es auch keine Änderungsanträge. Wer stimmt dafür? Das sind Union und SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind alle Oppositionsfaktionen. Enthaltungen entsprechend keine. Dann hat der Ausschuss für Sport und Ehrenamt dem Entwurf mehrheitlich zugestimmt.

Der Ausschuss beschließt Annahme des Einzelplans 06 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfaktionen.

Die **Vorsitzende**: Dann schließe ich TOP 2b) und wir kommen zu 2c).

c) Abschluss Epl. 17 (Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die **Vorsitzende**: Einzelplan 17 Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Hierzu wurde die Übersicht „Sportförderung des BMBFSFJ 2026“ auf Ausschussdrucksache 21(5)32 an alle Mitglieder verteilt. Außerdem hat das BMBFSFJ in der eingangs erwähnten Übersicht „Bundesmittel der unmittelbaren oder mittelbaren Förderung des Sports in den Haushaltsjahren 2021 bis 2026“ auf Ausschussdrucksache 21(5)20neu die Aktualisierung in Rot kenntlich gemacht. Zum

Einzelplan 17 liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ausschussdrucksache 21(5)37 vor. Als Ressortvertreter begrüße ich vom BMBFSFJ Herrn Referatsleiter Thomas Bosch, der uns digital zugeschaltet ist. Die Obleute haben sich verständigt, auf eine Einführung durch das Ministerium zu verzichten. Wir haben wieder jeweils drei Minuten pro Fraktion. Von der Unionsfraktion gibt es keine weiteren Fragen. Die AfD-Fraktion hat hier auch keine Nachfragen. Die SPD-Fraktion hat keine Nachfragen. Bündnis 90/Die Grünen hat eine Frage. Frau Dr. Nick, bitte.

Abg. **Dr. Ophelia Nick** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann unseren Antrag vorstellen, denn wir würden uns freuen, wenn die Fanprojekte besser unterstützt werden. Diese werden jetzt schon unterstützt vom BMBFSFJ zusammen mit DFL und DFB. Insgesamt sind es 550 000 Euro, und vom Ministerium gibt es 275 000 Euro. Wir fordern, dass wir eine Erhöhung auf 325 000 Euro vornehmen, und würden uns freuen, wenn DFB und DFL eine Erhöhung dann mittragen würden.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wenn es sonst keine Fragen gibt? Dann hat es sich die SPD-Fraktion doch noch überlegt. Die Linke kommt auch gleich. Bitte schön.

Abg. **Jasmina Hostert** (SPD): Mir geht es jetzt vor allem um den Antrag der Grünen-Fraktion. Es ist keineswegs so, dass wir die Fanprojekte nicht aufwerten wollen. Es ist allerdings so, dass wir hier mitberatend sind und der Einzelplan 17 hauptsächlich im Bildungs- und Familienausschuss beraten wird. Das ist ein Projekt im Rahmen des Kinder- und Jugendplans. Es gibt unglaublich viele großartige Projekte in diesem Bereich, und ich glaube, es wäre nicht gut, wenn wir hier im Sportausschuss nur ein Projekt hervorheben, sondern wir müssen uns in der Gesamtheit alle Projekte anschauen. Deswegen lehnen wir das heute ab.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Jetzt kommen wir zur Linken. Herr Görke, bitte.

Abg. **Christian Görke** (Die Linke): Im Einzelplan 17 haben wir die Entwicklung zu verzeichnen, dass es eine halbe Mrd. Euro mehr gibt, unter anderem in den Bereichen der Titel Bundesfreiwilligendienste, aber auch bei den Demokratieprojekten, was wir durchaus begrüßen. Deshalb meine Frage, ich weiß,



Kollege Mayer, dass Ihnen das nicht gefällt: Gibt es angesichts der chronischen Unterfinanzierung im Bereich Sport die Möglichkeit, im Einzelplan 17 ein bisschen mitzuhelfen, dass bestimmte Projekte mit Sportbezug verstärkt werden können, wie zum Beispiel FSJ- Plätze in Sportvereinen? Sehen Sie da eine Möglichkeit? Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Bitte schön, Herr Bosch.

Thomas Bosch (BMBFSFJ): Im Moment hatten wir 2023, 2024 im Freiwilligen Sozialen Jahr etwa 1 800, 1 900 FSJler im Bereich des Sports. Das wird immer Anfang des Jahres, wenn der Haushalt feststeht, mit den jeweiligen Zentralstellen besprochen. Wenn entsprechende Bedarfe angemeldet sind, dann besteht sicherlich auch die Möglichkeit, dafür zu einer Erhöhung zu kommen. Also, es ist nicht ausgeschlossen, aber die Kontingentierung hängt am Ende von den Anmeldungen und Gesprächen ab. Wenn der Haushalt für 2026 klar ist, und wir haben ja voraussichtlich einen Aufwuchs, dann besteht durchaus die Möglichkeit, dass es auch zu einem Aufwuchs im Bereich des Sports kommen kann.

Die **Vorsitzende**: Danke schön, das war's dann auch schon. Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ausschussdrucksache 21(5)37. Da geht es um die bereits erwähnten Mittel für die Koordinationsstelle Fanprojekte. Wer stimmt dafür? Das ist Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? Das ist die Union, die SPD und die AfD-Fraktion. Enthaltungen gibt es keine. Der Ausschuss hat beschlossen, diesen Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt Ablehnung des Änderungsantrages auf A-Drs. 21(5)37 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU AfD und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen.

Die **Vorsitzende**: Damit schließen wir nun insgesamt die Beratungen ab und kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 17. Wer stimmt dafür? Das ist die Unionsfraktion, die SPD-Fraktion. Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? Das ist die AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Enthaltungen gibt es keine. Der Ausschuss für Sport und Ehrenamt hat mehrheitlich dem Entwurf zugestimmt.

Der Ausschuss beschließt Annahme des Einzelplans 174 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfaktionen.

Die **Vorsitzende**: Damit sind wir am Ende auch dieses Tagesordnungspunktes. Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf.

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

Die **Vorsitzende**: Da gibt es Wortmeldung von Frau Winklmann, bitte schön.

Abg. **Tina Winklmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Überraschung unter Verschiedenes! Ich möchte mich meinem Kollegen Görke anschließen: Es muss doch möglich sein, dass die Frau Staatsministerin hier ist, wenn wir den Haushalt beraten! Insbesondere, wenn wir wissen, sie ist nicht verhindert, sondern sie ist auf der Regierungsbank! Möglicherweise lässt sich ein gutes Agreement finden mit den Kolleginnen und Kollegen der Regierungsbank. Die Frau Staatsministerin sollte bei uns sein sollte sein, gerade wenn wir über den Haushalt diskutieren und heute das erste Mal das große Thema Ehrenamt hatten. Das sollte man einfach berücksichtigen, bitte.

Die **Vorsitzende**: Ich sage gern zu, dass ich das noch einmal direkt mit ihr kommuniziere. Ich glaube, ich brauche jetzt keine Briefe herumschicken, aber ich werde direkt mit ihr sprechen, dass wir uns das sehr wünschen. Und Frau Dr. Kibele nimmt das auch noch einmal mit. Damit schließe ich die 9. Sitzung des Sportausschusses. Die nächste öffentliche Sitzung des Ausschusses findet statt am Mittwoch, den 15. Oktober 2025, um 14:30 Uhr. Wir werden noch einmal in diesem Saal tagen. Am kommenden Mittwoch werden wir uns über den Aufbau des Zentrums für Safe Sport informieren lassen, einen Nachbericht zu den FISU World University Games 2025 erhalten und die Sportfördermittel des Bundesministeriums der Finanzen beraten. Ich wünsche Ihnen noch einen wunderschönen Tag und einen arbeitsreichen Abend.



Ende der Sitzung: 16.37 Uhr

Aydan Özoguz, MdB
Vorsitzende